

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtschrift
Tageblatt Rieser,
Herrn Nr. 20,
Postfach Nr. 52.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Rieser, des Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptamts Melken behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postkontos:
Dresden 1530,
Girokonto:
Rieser Nr. 52.

Nr. 144.

Dienstag, 24. Juni 1930, abends.

83. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintritts von Produktionssteigerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Blättern wird nicht übernommen. Grundpreis für die 88 mm breite, 8 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Zeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Beste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Rieser. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage "Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Renger & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: L. W. F. Teichgraber, Rieser; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Rieser.

Landtagsitzung am 14. Juli?

Dresden, 24. Juni.

In unterrichteten Kreisen wird damit gerechnet, daß die Einberufung des neuen Landtages möglicherweise schon am 14. Juli festgelegt werden wird, da die in den gesetzlichen Vorschriften vorgesehenen Fristen zur Feststellung des Wahlergebnisses und zur Erklärung der gewählten Abgeordneten über die Annahme der Mandate eine frühere Einberufung kaum zulassen werden.

23 neue Abgeordnete im Landtag.

Dresden. Von den 98 Abgeordneten des alten Landtags sind insgesamt 28 — also rund ein Viertel — durch neue Leute ersetzt worden. Unter den alten Abgeordneten, die in den neuen Landtag nicht wieder einzeln werden, sind zum Teil recht bekannte Namen, wie Dr. Kreislar, Frau Wiltmann, Prof. Dr. Wagner, Dr. Eberle (Deutschnational), Diekmann, Dr. Frucht, Ulrich, Winkler, Runge (Deutsche Volkspartei), Wagner (Wirtschaftspartei), Prof. Dr. Rastner (Dem.), Dr. v. Krumm (Volksp.), Schöning, Tempel, Müller-Ghemnitz (SPD), Opitz, Scheffler, Wildenbreu, Bläher, Lange, Schwarz (SPD). Neu sind in den Landtag ein Kandidat Edgels-Gohmannsdorf (Deutschnational), für den Abg. Winkler (Landt.) der Gutbesitzer Dr. Dankmeyer, bei den Nationalsozialisten, Schneider, Studentowski, Laß, Dr. Bennede, Schlegel, Raumann, Fischer, Grahl und Schneider, bei den Sozialdemokraten Heide und Rahn und bei den Kommunisten Dreienborn, Reihorn, Fritz Groß, Rähig, Frau Körner, Wehner und Frau Kühne. Neu sind im Landtag vertreten die Volkspartei Reichsvereinigungen mit zwei Abgeordneten (Lasse und Gantner), und der Christlich-sozialer Volksdienst (Wien und Fischer). Dagegen ist die Alte Sozialdemokratische Partei überhaupt nicht mehr vertreten (Bisher Vund und Veldt). Der Zentrumspartei ist es nicht gelang, einen ihrer Kandidaten in den neuen Landtag zu bringen, da ihr Kandidat, Verwaltungsrat Müller-Dresden auf der Liste der Wirtschaftspartei in den Wahlkreisen Dresden-Bautzen und Leipzig erst an fünfter Stelle aufgestellt war.

Breite Stimmen über die sächsischen Landtagswahlen.

Berlin. Das Ergebnis der sächsischen Landtagswahlen wird am Montag von allen Berliner Blättern ausführlich behandelt. Der Abend erklärt, der Erfolg der Nationalisten sei zugleich eine schwere Niederlage der bürgerlichen Parteien. Diese Wahl habe die Situation in Sachsen noch verworrener gestaltet, als sie es ohnehin schon war. Die Volkspartei betont, daß die Deutsche Volkspartei, die seit dem Hinscheiden Stresemanns von wechselnden Strömungen hin und her gerissen werde, den größten Teil der Begehr habe. Die Lehre des 22. Juni sei: Mit Parlamentsauflösung ohne klares Ziel, ohne feste Richtung werde die Verwirrung vermehrt und der Radikalismus gefördert. Auch das Berliner Tageblatt weist darauf hin, daß das, was man vorkandidatieren mit dem schönen Wort „Bürgerblockpolitik“ nenne, den Arian der Partei als ganzes zur Folge habe. Mit der Parole: Nicht mit, sondern gegen die Sozialdemokratie habe man am Sonntag seinen Sieg ermöglicht. Die Germania meint, wenn die Inflation die Verantwortung und die rechtstraditionale Gegenwart auch heute der sächsischen Mitte noch nicht zur Einsicht verhilfen könne, dann sei ihr überhaupt nicht mehr zu helfen. Dann sei auch der letzte Beweis für die Notwendigkeit erbracht, daß die Lage des Landesparlamentarismus in seiner heutigen Form geändert sein müßte. Die D.N.S. ist der Ansicht, daß die Wahlen in Sachsen eine außerordentliche Festigung der Position des Reichskanzlers sein müßten. Wenn jemals, so scheint jetzt der psychologische Augenblick gegeben, um im Rahmen eines umfassenden Programms zur Neuordnung der öffentlichen Wirtschaft zu schreiten. Die Deutsche Tageszeitung weist darauf hin, daß die Volkspartei Reichsvereinigungen mit weniger als 40 000 Wählern eine schwere Enttäuschung gebracht und den klaren Beweis geliefert habe, daß sie nur gesplittert und schwächen, nicht aber Bausteine zu einer neuen bürgerlichen Front liefern könne. Der Christlich-sozialer Volksdienst habe allenfalls einen Achtungserfolg zu verzeichnen. Der Berliner Volksanzeiger erklärt, daß der Kampf auf Verstrümmung der Deutschnationalen Volkspartei diese wesentlich geschwächt und weiter nichts genützt habe, als daß zwei einflusslose Splinterparteien mehr im sächsischen Landtag vorhanden sein werden. Die Deutsche Zeitung findet den Verlust der Mittelparteien über die Grenzen Sachsens hinaus bedeutsam, vor allem die ungeheure Niederlage der Deutschen Volkspartei. Die Rotoperpläne Wolbenhauer seien seiner Partei sehr teuer zu stehen gekommen.

Der „Völkische Beobachter“ zum sächsischen Wahlergebnis.

München. Das nationalsozialistische Hauptorgan, „Der Völkische Beobachter“, erklärt zu dem Ergebnis der sächsischen Landtagswahlen: Die beherrschende Stellung der Nationalsozialisten sei unbestritten. Die bürgerlichen Parteien seien gezwungen, mit den Nationalsozialisten zusammen die Regierung zu bilden. Es sei selbstverständlich, daß aus dieser Konstellation für die Regierungsbildung die Fol-

Die Vorschläge der Länderkonferenz zur Reichsreform.

vdh. Zu den Beratungen des Verfassungsausschusses der Länderkonferenz erfahren wir folgende Einzelheiten: Die Vorschläge des Verfassungsausschusses der Länderkonferenz für die Reichsreform gehen davon aus, daß neben der Reichsregierung eine preußische Zentralregierung nicht bestehen dürfen. Die Reichsregierung und die preuß. Zentralregierung sollen vereinigt, die preuß. Ministerien von den Reichsministerien übernommen, alle preuß. Behörden Reichsbehörden werden. Das Reich selbst bleibt in Ländern gegliedert, die etwa von der Größe der preuß. Provinzen und der größten außerpreussischen Länder sein sollen. Bayern, Sachsen, Württemberg und Baden sollen eine Stellung erhalten, die der Stellung der heutigen Länder nahekommt. Schwierig ist die Frage zu lösen, wie für die Länder neuer Art die Gesetzgebung einzurichten ist. Der Verfassungsausschuss läßt es dahingestellt, ob der allgemeine Weg der Reichsreform gewählt werden soll oder ob an die Stelle sämtlicher Mitglieder des Reichstages oder Reichsrates nur die von den Ländern neuer Art entsandten Mitglieder treten sollen. — Was die Vertretung der Länder im Reichsrat anlangt, so soll jedem Land auf 700 000 Einwohner eine Stimme zustehen. Es bleibt allgemein bei der Inkraftsetzung der Reichsreform durch die Länder wie bisher. — Die Zuständigkeit des Reiches mit der Verfassungsausschuss auf all den Gebieten erhalten, auf denen Lebensfragen des Reiches berührt werden; Auswärtiges, Meer und Marine, Finanzen, Reichsbahn und Reichspost sollen insbesondere ausschließlich von Reichsbehörden oder Reichsanstalten verwaltet werden. Dem Vorschlag des Verfassungsausschusses, auch die Justizverwaltung reichsweit zu gestalten, ist der Ausschuss nicht beigetreten. Die Länder alter Art behalten grundsätzlich ihre bisherige Zuständigkeit.

Eine Zuständigkeit zur Gesetzgebung haben die neuen Länder nur insoweit, als sie ihnen besonders übertragen wird. Polizeiverwaltung, Sondereinsicht über die Gemeinden und die berufständliche Selbstverwaltung, Gewerbeaufsicht, die kirchlichen Angelegenheiten, die wissenschaftlichen, bisher staatlichen Anstalten und die inneren Schulangelegenheiten einschl. der Schulaufsicht gehören danach in den Ländern alter Art zur Zuständigkeit des Reiches.

Um in den Ländern tätiger Regierungsbefähigung an schaffen, kann die Länderverwaltung vorsehen, daß die Landesregierung auf bestimmte Zeit jedoch höchstens auf die Dauer der Wahlperiode bestellt wird. Ihr Rücktritt ist notwendig, wenn ihr später das Vertrauen mit Mehrheit entzogen wird. Die Landesräte der Länder neuer Art soll der preuß. Provinzialverwaltung nachgebildet werden; ein Landespräsident soll auf bestimmte längere Zeit vom Landtag gewählt werden und von der Befähigung der Reichsregierung abhängig sein. Er inkuriert auch unter Mitwirkung von drei Mitgliedern des Verfassungsausschusses die Reichsratsstimmen. — Die Reichsregierung soll sich an die oberste Landesbehörde wenden können mit Anweisungen aus dem Gesichtspunkt der Gesamtheit und Zweckmäßigkeit. Die Reichsregierung hat ein Recht auf Auskünfte, auf Akteneinsicht und auf Besichtigungen an Ort und Stelle. — Räumlicher Entscheidung soll es vorbehalten bleiben, ob Behörden vorhanden ist für eine dritte Länderkonferenz zwischen den Ländern alter und neuer Art. Erst wenn feststeht, wie künftig die Länder im Deutschen Reich gestaltet sein werden und mit welcher Zuständigkeit sie ausgestattet sind, kann der Frage der Gliederung in einzelnen und der Frage der Teilung der finanziellen Einnahmequellen zwischen Reich und Ländern nähergetreten werden.

Die Verhandlungen um den Reichsfinanzministerposten

Reichsminister Dietrich beim Reichskanzler

Berlin, 24. Juni.

Wie wir erfahren, empfing Reichskanzler Brüning gestern abend den Reichswirtschaftsminister Dietrich, um mit ihm über die Übertragung des Reichsfinanzministerpostens zu verhandeln. Eine Entscheidung wurde jedoch gestern abend noch nicht getroffen, vielmehr wird die Frage der Befehung des Finanzministeriums in der heutigen Sitzung des Reichskabinetts weiter besprochen werden.

Das Berliner Tageblatt hebt im Fettdruck hervor: Die demokratische Reichstagsfraktion, die gleichfalls heute vormittag eine Sitzung abhält, wird sich durch eine einstimmige Annahme des Finanzministerpostens durch Dietrich in Bezug auf die Finanzvorlagen nicht gebunden fühlen, sondern sich freie Hand wahren. Daraus hat sie keinen Zweifel gelassen.

Volkspartei und Kabinett Brüning

Berlin, 24. Juni.

Die Sitzung der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei, die sich besonders mit dem Ergebnis der sächsischen Wahlen und der Befehung des Reichsfinanzministeriums befaßte, dauerte bis in die späten Abendstunden. Die über ihr Ergebnis im Reichstag vorzutragen, stellte sie sich einmütig auf den Standpunkt, daß die weitere Haltung zum Kabinett Brüning davon abhängig gemacht wird, wie es sich zu den bekannten Grundfragen der Deutschen Volkspartei über die Finanzgestaltung stellt. Die Fraktion lehnte ein Kommissionsamt, die diese Vorschläge noch präzisieren soll. Es ist anzunehmen, daß der Parteiführer Dr. Schulz heute vormittag den Kanzler hierüber unterrichten wird.

Die heutige Sitzung des Reichskabinetts ist bereits am 9.30 Uhr vormittags angefangen. Von der Besprechung zwischen Dr. Schulz und dem Kanzler über die Kabinettsbildung wird die Entscheidung über die weitere Haltung der Deutschen Volkspartei zum Kabinett Brüning abhängen.

Die Finanzfrage vor dem Reichskabinett.

Berlin. (Funkdruck.) Das Reichskabinett tagt seit heute vormittag 9.30 Uhr, um die Fragen zu besprechen, die mit der Neuorganisation des Reichsfinanzministeriums zusammenhängen. Der Führer der Deutschen Volkspartei, Dr. Schulz, hatte gestern abend nach der Fraktionssitzung noch eine telefonische Unterredung mit dem Reichskanzler. Die Aussprache, in der Dr. Schulz dem Kanzler die Forderungen seiner Fraktion auf Durchführung ihrer bekannten Vorschläge unterbreitet wird, findet aber erst nach der Kabinettsitzung statt.

Die Aussprache zwischen Dietrich und Brüning.

Berlin. Ueber die Unterredung, die gestern abend Reichskanzler Brüning mit dem Reichswirtschaftsminister Dietrich hatte, berichtet die Post. Sig.: Dietrichs Plan einer Finanzplanung weicht zum Teil von dem Wolbenhauerplan ab. Während Dr. Wolbenhauer das Defizit durch ein 4prozentiges Rotopfer aller Beamten und Selbstständigen decken wollte, was im wesentlichen auf eine Gehaltskürzung hinaus gelaufen wäre, hält Dietrich den von der preussischen Regierung im Reichsrat gemachten Vorschlag für günstiger. Rotopfer lediglich in der Höhe von 2% v. G. entsprechend dem Beitrag der Arbeitnehmer und Arbeitgeber zu der Arbeitslosenversicherung zu erheben und den Kreis der von diesem Rotopfer Betroffenen zu beschränken.

Der Ausschuss, der sich aus dem abweichenden Vorschlag ergibt, soll zum Teil gedeckt werden durch größere Erhöhungen im Etat. Es würde sich um etwa 100 Millionen Mark handeln. Erwogen worden ist, ob als Ausgleich für das sogenannte Rotopfer der Beamten ein Zuschlag zu jenen Einkommensteuern erhoben werden könnte, die nicht aus Gehalt und Lohn fließen.

Eine Rolle spielte in der Unterhaltung auch die Frage eines Ermächtigungsgesetzes, das nicht generell gewährt, sondern unter bestimmten Voraussetzungen bewilligt werden soll. Die Regierung soll ermächtigt werden, innerhalb bestimmter Grenzen die Deckungsvorlage auf dem Bezugswege zu erlassen. Unter dieser Voraussetzung wäre auch die Annahme des Ermächtigungsgesetzes erleichtert, da es nicht einer verfassungsändernden Zweidrittelmehrheit bedürfte.

gerungen gezogen werden müssen. Die Nationalsozialisten werden vor allem das Innenministerium fordern. Sachsen sei das zweite Land, das nach Thüringen unter nationalsozialistischen Einfluss komme. Die mitteldeutsche Barriere sei im Aufbau begriffen. Von dieser Grundtendenz aus werde über kurz oder lang der Vormarsch angetreten und die Eroberung des Reiches verwirklicht werden. Nun sei Bayern an der Reihe.

Zu den Befreiungsfeiern.

vdh. Ueber die Rednerliste bei den Befreiungsfeiern im Rheinland erfährt das Nachrichtenbüro des V.D.S. das

folgende: Bei den Sofort-Feiern werden sprechen in Mainz der Reichsinnenminister Dr. Wirth, in Trier der Reichsverkehrsminister v. Guérard, in Speyer der Reichsminister für die besetzten Gebiete Treubauer, für Wiesbaden ist der Redner noch nicht bestimmt, da ursprünglich Dr. Wolbenhauer in Aussicht genommen war. Bei den Hauptfeiern spricht am 6. Juli in Rehl der Reichspräsidenten nach dem Rheinland in den Tagen vom 19. bis 23. Juli werden sprechen in Speyer der Reichsaußenminister Dr. Curtius, in Mainz der Reichskanzler Dr. Brüning und der vorige Reichskanzler Hermann Müller, in Koblenz Herr v. Guérard und in Trier Herr Dr. Wirth. Für Aachen ist der Redner noch nicht bestimmt.

Zeitliches und Sächliches.

Riesa, den 24. Juni 1930.

Wetter-Merkblatt Nr. 25. Juni
Mitgeteilt von der Säch. Landeswetterwarte zu Dresden.
Zeitweise aufhellende Winde aus westlichen Richtungen,
zum Teil stärker bewölkt, tagsüber wieder etwas kühler, zeit-
weise etwas Niederschläge, anfangs Gewitterneigung.

Daten für den 25. Juni 1930. Sonnen-
aufgang 3,44 Uhr. Sonnenuntergang 20,20 Uhr. Mond-
aufgang 2,06 Uhr. Monduntergang 19,56 Uhr.

- 1530: Verlesung der Augsburger Konfession auf dem Reichstage zu Augsburg.
- 1822: Der Dichter G. Th. H. Hoffmann in Berlin gestorben (geboren 1776).
- 1842: Der Dichter Heinrich Seidel zu Berlin i. Medl. geboren (gestorben 1908).
- 1864: Der Hofkapellmeister Walter Rerick in Briesen geboren.

Sur Landtagswahl. Aus einer vorläufigen amtlichen Zusammenfassung des Wahlergebnisses in der Stadt Riesa ist zu ersehen, daß damit die von uns veröffentlichten Zahlen in der Sonderausgabe am Sonntagabend und in der geistlichen Nummer des Tagesblattes vollkommen übereinstimmen. In den 13 Wahlbezirken entfielen von den abgegebenen 18.792 gültigen Stimmen auf männliche Wähler 8997 und auf weibliche 9795. Die weiblichen Stimmen übertrafen die männlichen bei der Deutschen Volkspartei um 80, bei der Sozialdemokratischen Partei um 28, bei der Christlich-Sozialen Partei um 8. Für die übrigen Parteien waren die männlichen Stimmenzahlen überwiegend. Am stärksten zeigte sich das bei der Kommunistischen Partei Deutschlands mit 908 männlichen und 808 weiblichen Stimmen. Im 14. Wahlbezirk, dem Stadtkrankenhaus, wurde nicht nach Geschlechtern getrennt gewählt. Dort waren 57 gültige Stimmen zu zählen, so daß die Gesamtzahl der abgegebenen gültigen Stimmen die Höhe von 18.849 erreichte.

Polizeibericht. In der Woche vor Pfingsten hat ein Mann bei hiesigen Familien Geldbeträge für Bekleidung und bedürftige Schüler der hiesigen Berufsschule gesammelt. Der Sammler war ein Betrüger. Personen, die ihm Geldbeträge übergeben haben, werden gebeten, sich beim Kriminalpolizeiamt zu melden. — Im Rittergut Böhlitz ist aus einer Hauskammer in der Zeit vom 2. d. 9 Uhr abends bis 24. 6. 4 Uhr vormittags ein Herrenfahrrad „Kassa“ mit schwarzem Rahmen und Schuttlenden, gelben Felgen, hochgehobener Lenkstange mit schwarzen Zelluloidgriffen und einer Komibereifung gestohlen worden. Um Mitteilung sachdienlicher Angaben bitten die Kriminalpolizei.

Landesversammlung der Tischler- und Oefener. Am Sonntag und Montag fand in Riesa die Landesversammlung des Landesverbandes Sachsen des Tischler- und Oefenervereins Deutschlands statt. Nach einem Begrüßungsabend am Sonntagabend begann die eigentliche ordentliche Hauptversammlung am Montagvormittag im Schützenhaus. Verbandsvorsitzender Vorsitz. Dresden begrüßte die Erschienenen und die Ehrengäste, worauf Bürgermeister Scheufler als Vertreter der Stadt Riesa dankend erwiderte. Der vom Verbandsvorsitzenden erstattete Jahresbericht schildert besonders die wirtschaftliche Not des Gewerbes. Trotz der großen Notlage habe sich der Verbandsvorsitz für Abhaltung eines Verbandstages auch im nächsten Jahre eingesetzt. — Der Direktor des Reichsverbandes, Gewerberat Feder-Wilch, hielt einen interessanten Vortrag über „Die wirtschaftliche Auswertung unserer technischen Erfindungen“. — Die Wahlen brachten die einstimmige Wiederwahl der jahreslang amtierenden Vorstandsmitglieder. Als Ort der nächsten Jahresversammlung wurde Weihen bestimmt.

Verstorbener. In der Woche vor Pfingsten ist ein Mann bei hiesigen Familien Geldbeträge für Bekleidung und bedürftige Schüler der hiesigen Berufsschule gesammelt. Der Sammler war ein Betrüger. Personen, die ihm Geldbeträge übergeben haben, werden gebeten, sich beim Kriminalpolizeiamt zu melden. — Im Rittergut Böhlitz ist aus einer Hauskammer in der Zeit vom 2. d. 9 Uhr abends bis 24. 6. 4 Uhr vormittags ein Herrenfahrrad „Kassa“ mit schwarzem Rahmen und Schuttlenden, gelben Felgen, hochgehobener Lenkstange mit schwarzen Zelluloidgriffen und einer Komibereifung gestohlen worden. Um Mitteilung sachdienlicher Angaben bitten die Kriminalpolizei.

Aus der Weltmission. Nach den neuesten Angaben des Jahresbuchs 1930 der deutschen evangelischen Heidenmission haben die 25 deutschen Missionsgesellschaften 1301 europäische Missionskräfte auf dem Weltmissionfeld; ihnen zur Seite stehen 9062 bedevote eingeborene Helfer und Helferinnen. Die Zahl der Heidenmissionen ist auf 947.713 gestiegen. In 3661 Volks- und 24 höheren Schulen werden 193.347 Schüler erzogen. Die Missionsgaben aus Deutschland betragen 5.880.406 Mark, wozu noch etwa 3 1/2 Millionen andere Einnahmen aus dem Auslande, den Missionsgebieten und Deutschland kommen. Das bedeutet gegenüber dem Stand von 1914 drei Viertel der europäischen Missionskräfte. Die Schulenzahl steht um ein Fünftel gegen die Vorkriegszeit zurück, die Schülerzahl um ein Sechstel. Die gesamten Ausgaben der deutschen Heidenmission beliefen sich 1928 auf 11,6 Millionen Mark.

Augsburg-Festern in aller Welt. Überall, wo es evangetische gibt, die sich in ihrem Glauben auf das Augsburger Bekenntnis stützen, werden in diesen Tagen Jubiläumstreffen für den Jahrestag des Bekenntnisses gehalten, für jenen Tag, an dem der Bekenntnisvertrag zwischen Fürsten und Städten vor Kaiser und Reich zukünftigen Geschlechtern die feste Grundlage ihres Glaubenslebens sicherte. Auch die Gemeinden unserer

Landesmissionen veranstalten auf Anordnung des Bundeskongresses am 22. oder 23. Juni Gedächtnisgottesdienste. Die Augen der ganzen Welt aber richten sich in diesen Tagen auf die alte Reichsstadt Augsburg, wo die alte Bannzeit wieder aufleben scheint. Hier haben die Festlichkeiten bereits am 2. Pfingstfesttag eingeleitet. In diesem Tage ist zunächst die neue Konfession in einer Vorlesung von Augsburg eingeweiht worden. Die weiteren Veranstaltungen bringen außer den eigentlichen Jubiläumstreffen, bei denen die evangelischen Kirchen aller Länder vertreten sein werden, eine große Jugendtagung und am 22. Juni einen unvollständigen evangelischen Volkstag, der als Bekenntnisfeier in der Öffentlichkeit gewiß starken Eindruck machen wird. Nach dem Jubiläumstreffen wird Augsburg noch so manche andere Konferenz und Tagung dieses Jahres bis weit in den Herbst hinein aufnehmen. Im September veranstaltet das Bundesamt, dessen ursprüngliche Angelegenheit die Augsburger Bekenntnisschrift vom Jahre 1530 ist, eine eindrucksvolle „Lutherische Woche“.

Der Deutsche Evangelische Kirchentag im Rundfunk. Am 22. bis 30. Juni in Nürnberg stattfindend, wird am Sonntag, dem 28. d. M., 21 Uhr auf dem Nürnberger Hauptmarkt eine große evangelische Rundsendung veranstaltet. Sie enthält ein besonders reichhaltiges Programm. Es werden mitwirkend 120 Bläser der vereinigten Nürnberger Kirchenorgel sowie 900 Sänger aus den bayerischen Kirchenorgeln unterrichten. Eine Ansprache hält Graf v. Helldorf, München. Der Hauptmarkt sowie die Burg werden illuminiert. Ein Fackelzug beschließt die Feier. In dankenswerter Weise bietet der Mitteldeutsche Rundfunk auch der sächsischen Bevölkerung die Möglichkeit, diese Veranstaltung mitzuerleben, da er sie auf seine Sender übertragen wird.

Die Obst- und Gemüseverwertung. In der Obsterntezeit ist im ehemaligen Hofwalschhaus untergebracht worden. Die Räume und Einrichtungen ermöglichen die Abholung von praktischen Lehungen in der häuslichen Obst- und Gemüseverwertung und in der industriellen Verarbeitung größerer Obstmengen. Ein großer, heller und hygienisch ausgestatteter Kelterraum, ein mit Heizung versehenes Gärtel und ein fähiger Backofen sind in erster Linie für die häusliche Verarbeitung der aus den städtischen Anlagen in Billnis anfallenden Trauben- und Weinberge vorgesehen. Die anderen Einrichtungen dienen in erster Linie praktischen Lehungen im Rahmen des planmäßigen Unterrichts, der alljährlich in der zweiten Julihälfte stattfindenden Sonderlehrgänge für Frauen und Männer, sowie der Durchführung von Versuchen und Forschungsarbeiten. Daneben werden nur die aus den Anfallskulturen anfallenden Obst- und Gemüse-mengen in Zeiten der Marktlückfüllung verarbeitet. Von der Möglichkeit, die Einrichtungen zu beschäftigen, machen alljährlich eine größere Anzahl von Vereinen und Einzelpersonen Gebrauch. (Schriftliche Anmeldung ist nötig.) Neben den verschiedenen neuen Hilfsmitteln für die Obst- und Gemüseverwertung finden insbesondere die Einrichtungen für die Herstellung von Säften lebhaftes Interesse.

Die sächsischen Ausfuhr nach U.S.A. im Mai. Nach den statistischen Monatsübersichten für den Freistaat Sachsen ist die Warenexport nach U.S.A. im Monat Mai 1930 im Vergleich mit dem entsprechenden Monat im Vorjahr um 12.212.900 Reichsmark im Monat Mai zurückgegangen. Dieser Rückgang ist in der Hauptsache auf das Zurückgehen der Rohwaren- und Vielexport zurückzuführen, die im Monat Mai nur 5.425.000 RM. gegenüber 9.495.000 RM. im April betrug.

Die sächsischen Friseur-Jungmänner. Am 22. bis 24. Juni hält der Landesverband Sächsischer Friseur-Jungmänner in Bautzen seinen 27. Verbandstag ab. Am Sonntagvormittag wurde die Tagung durch eine Fachlehrerziehung eingeleitet, die der Verbandsvorsitzende Müller eröffnete. Bei dem am Abend abgehaltenen Begrüßungsabend überbrachte Obermeister Bloed die Grüße der gastgebenden Jungmänner, insbesondere der Ehrenämter, an ihrer Spitze Bürgermeister Dr. Förster und die Vertreter befreundeter Jungmänner, gälten. Im Namen der Stadt Bautzen dankte Bürgermeister Dr. Förster, und im Namen des Stadtverordnetenkollegiums Stadtvorsteher Runze. Nach weiteren Begrüßungsansprachen folgte eine Anzahl von Ehrungen, die verdienten Mitarbeitern zuteil wurden. — Die Verhandlungen der eigentlichen Verbandsversammlung begannen am Montagvormittag.

Der neue Landtag bekommt Arbeit. Die kommunipolitische Landtagsaktion hat bereits am Montag mehrere Anträge eingebracht, die allerdings im wesentlichen bereits dem alten Landtag vorgelegen haben. Es handelt sich dabei um die Anträge auf Festsetzung des Maximalarbeitstages auf 7 Stunden, auf Durchführung des Landtagsbeschlusses, die gesamten Mittel aus der Reichsfinanzhilfe für den Wohnungsbau zur Verfügung zu stellen, zum Zwecke der Arbeitsbeschaffung alle von der Regierung geplanten Bauten sofort in Angriff zu nehmen, bei der Reichsregierung gegen Abbau der Gehälter der unteren und mittleren Beamten Protest einzulegen, und endlich die Minister- und Beamtengehälter auf 8000 RM. jährlich festzusetzen.

Die üblichen Vereinbarungen über die Bemessung der Akkordlöhne bedeuten keine Garantie eines Mindestakkordverdienstes. Der Deutsche Industrieschutzverband, Dresden, teilt uns mit:

Die Tarifverträge enthalten eine Vorschrift, wonach die Akkordlöhne so festzusetzen sind, daß bei ordnungsmäßiger Arbeitsleistung der Durchschnitts-Akkordarbeiter einen Lohn erzielen kann, der mindestens um einen bestimmten Prozentsatz den Stundenlohn übersteigt. Nach der Entscheidung des Reichsarbeitsgerichts vom 14. 12. 1929 (RAG. 318/29) stellt eine solche Bestimmung jedoch keine Garantie eines Akkordmindestverdienstes dar, sondern nur eine Bemessungsvorschrift für die Akkordlöhne. Wenn Akkordarbeiter mit den der Vorschrift entsprechenden Akkordlöhnen den beschafften Akkordverdienst nicht erreichen, haben sie keinen Anspruch darauf, denselben danach gezahlt zu erhalten.

Die sächsischen Sparkassen im Monat Mai. Im Monat Mai betruen bei den sächsischen Sparkassen die Einzahlungen 21.515.500 (April = 22.251.800) RM. Die Rückzahlungen beliefen sich auf 18.877.400 (April = 20.794.200) RM. Das Einlegeraufhaben betrug Ende Mai 642.850.400 RM., gegenüber 622.140.700 RM. Ende April d. J.

Durst und Hitze. Durch die erhöhte Außentemperatur wird der menschliche Körper überhitzt; da er infessen eine Überhitzung nicht vertragen kann, so sucht er sich dagegen durch vermehrte Wasserabgabe, d. h. durch Schwitzen und die durch die Verdunstung des Schweißes entstehende Abkühlung zu schützen. Infolge der vermehrten Wasserabgabe stellt sich dann bei uns Menschen das Gefühl des Durstes, d. h. der Wunsch nach Erlass der verloren gegangenen Flüssigkeit ein. Selbstverständlich vermag das Trinken, insbesondere kalter Flüssigkeiten, das oft quälende Durstgefühl zu beseitigen, aber meist sündigen wir dabei nach zwei Richtungen. Einmal wird gewöhnlich zuviel getrunken, d. h. durch die Aufnahme großer Flüssigkeitsmengen wird nicht nur das Durstgefühl beseitigt, sondern der Körper gezwungen, von neuem und in erhöhtem Maße Schweiß abzugeben. Das beste Mittel gegen den Durst wäre also, zu trinken. Da man das aber natürlich nie-mals manchem zumuten kann, ist allen durstigen Seelen empfohlen, bei der Abkühlung des Durstes langsam mit der Flüssigkeitsaufnahme zu sein. Auch vermeide man hastiges Trinken eisalter Getränke. Besonders wenn der Magen leer ist, können eisalte Flüssigkeiten leicht Reizerscheinungen der Magenschleimhaut, Magen-Darm-Katarrhe und dergl. mehr verursachen. Wichtig ist es, wenn schon eisalt getrunken werden muß, langsam und nur schlußweise zu trinken. Das billige, bewährte Mittel zur Stillung des Durstes ist und bleibt natürlich Wasser, aber auch hier darf eine gewisse Vorsicht nicht außer acht gelassen werden; denn Wasser unbekanntem Herkunft birgt nicht selten Krankheitserreger in sich, die zu Magen- und Darm-Erkrankungen, ja selbst zu Typhus oder Paratyphus führen können. Unbedenklich ist der Genuß reinen Quellwassers im Gebirge. Von sonstigen durststillenden Flüssigkeiten ist besonders auf den Genuß von kaltem Tee oder Kaffee zu verzichten. Mit dem Genuß kalter Milch sei man im Sommer gleichfalls vorsichtig. Gefochte Milch geniesse man gefühllos, möglichst gleichmäßig mit etwas Brot, um die besonders bei starker Körpererregung leicht eintretende Ver-tauung im Magen zu verhindern. Schließlich sei noch darauf aufmerksam gemacht, daß warme Getränke den Durst oft besser löschen als kalte.

Adlerau. Die für Sonntag, den 29. Juni, ange-setzte Elternratswahl für die hiesige Volksschule findet nicht statt, da nur drei sächsische Väter einersicht worden sind. Dem Elternrat gehören an aus Adlerau 8 Vertreter und aus Frau Frieda Franz, die Herren Alfred Wermann, Max Jantke, Ernst Rimmel, Paul Röhne, Erich Cuhlig, August Böhmisch und Alfred Rausch; aus Promnitz 2 Vertreter Herr Erich Rausch und Frau Verba Feinze; aus Rorsitz 2 Vertreter die Herren Fritz Kummer und Paul Hänel.

Strehla. 49. Verbandstag des Grimma-Ostbayer Feuerweh-Verbandes in Strehla. Strehla wieder einmal im Festschmuck. Zahlreiche Häuser hatten in den alten und neuen Reichs- oder auch in den Landes- und Stadtfarben geflaggt. In den Straßen überall Girlanden und Birkengrün. Ein feierlich-frohes Bild. Bereits der Sonnabend nachmittag stand im Zeichen der Feuerweh. Die Strehlaer Kameraden es sich nicht nehmen lassen, die auswärtigen Kameraden zu einem Begrüßungsabend einzuladen, der im schön geschmückten Vindenhof-Saale stattfand. Ein abwechslungsreiches, inhaltlich ganz vorzügliches Programm sorgte für Unterhaltung und Stimmung. — Der Sonntag begann früh 5 Uhr mit Musik. Von allen Seiten strömten die Wehren als Gäste herbei, und bald war die hiesige Feuerwehr in der Strake vorherrschend. Um 10 Uhr vormittags begann im schön dekorierten „Schiffen“-Saale die Verbandsfeier, die außerordentlich stark besucht war. Als Tagungsort für den nächsten (50.) Verbandstag wurde Treben bestimmt. Inzwischen veranstaltete die Feuerwehrkapelle auf dem Marktplatz eine Musikprobe, die viel Publikum herbeilockte. Nach kurzer Erholungspause, um 1,15 Uhr, ertönte das Signal zum Alarmangriff der Feiw. Feuerweh Strehla. Zahlreiche Zuschauer hatten sich eingefunden und beobachteten mit Interesse den Verlauf der Übung, die lobende Anerkennung fand. Nunmehr rüstete man sich zum letzten offiziellen Akt der Veranstaltung, dem Festzug. Die Teilnehmer rühten geschlossen oder auch einzeln zum Marktplatz am „Schiffen“ heran. In der dritten Stunde war der feierliche Zug formiert und legte sich unter köhlichen Marschklängen von vier Kapellen in Bewegung. Voran zogen Landauer mit den Herren des Ehrenauschusses und Herr Branddirektor Bacher, und dann folgte ein endlos langer Zug von Wehrenten. Es mögen 800 Wehrenten gewesen sein. Der Zug löste sich auf dem Marktplatz auf. Im „Schiffen“ fand von 4 Uhr an Ball statt, der Galt-

Der Riesaer „Schubertbund“ am 21. und 22. Juni im Erzgebirge.

Auch das Männer-Doppel-Quartett „Schubertbund“ Riesa hat seine Sommerfahrt hinter sich. Das Ziel dieser wohlgeplanten Fahrt war gegeben durch eine ehrenvolle Einladung des Männergesangsvereins zu Pöhlitz zu seinem 75. Stiftungsfeste, verbunden mit Gruppen-Sängerfest der Mittelgruppe des „Obererzgebirgischen Sängerbundes“. Wie manchem Leser noch erinnerlich sein wird, weilte der „Schubertbund“ bereits im Jahre 1928 in Pöhlitz, wo die Riesaer Gäste in einem vom dortigen Männergesangsverein veranstalteten Konzert außerordentlich lebhaft gefeiert worden waren. In Erinnerung an jene schönen Stunden und vielleicht auch in besonderer Wertschätzung der im Schubertbund gepflegten Sangeskultur konnten die Pöhlitzer Sangesbrüder nicht umhin, den Schubertbund zu ihrem Ehren-gast einzuladen. Man hatte die Riesaer Gäste sogar dem Ehrenauschuss zugewählt. Mit Freuden wurde die Einladung angenommen und am Sonnabend mittag in frühlicher Stimmung mit 91 Prozent der Mitglieder die Fahrt angetreten. Über den diese Fahrt verzögernden Stau schweige des Sängers Pöhlitz. Wohl aber sei das vorzüglichste und preiswerte Mittagmahl im Chemnitz Hauptbahnhof gerühmt. Selbst das vielbemerkte Einfingergericht konnte seinen Schaden anrichten! Die herrliche Fahrt durch das wunderschöne Erzgebirge hinterließ tiefe Eindrücke. Schon in Schwarzenberg empfing uns einer der Prominenten von Pöhlitz, Sangesbruder G. Wubler, und sorgte sofort für

einen Kraftpostsonderwagen, der uns rasch an das Ziel unserer Wünsche brachte. In Pöhlitz wurden wir herzlich begrüßt und mit echt erzgebirgischer Gastfreundschaft bewirtet und überbergt. Die Quartierwirte überboten sich an Freigebigkeit und offenbarten sich uns als die lieben, treuen Seelen, die auch das Lied in ihnen rührt. Nach einem fröhlichen Abendmahl begann der Festabend im Hotel Deutsches Haus, dessen Saal bis auf den letzten Platz gefüllt war. Orchestermusik und Gesänge der Pöhlitzer bildeten den Rahmen der Feierstunde, in deren Mittelpunkt eine außerordentlich wirksame Rede des Herrn Pfarrers Ruff, Pöhlitz, zum Preise des deutschen Liedes stand. Der Vereinsvorsitzende, Edr. Dehne, richtete herzliche Begrüßungsworte an die Erschienenen, insbesondere auch an die „Schubertbändler“, die mit ihren auf Wunsch der Gastgeber vorgebrachten Liedern stürmischen Beifall ernteten. Auch unser Liedermelster, Herr Kantor und Konzertführer Mayer, Gröblich, schlug mit seinen Sologefängen die Höhe in dem. Der Bürgermeister von Pöhlitz, Edr. Frigis, lobte den Bundesvorsitz des Obererzgebirgischen Sängerbundes, Edr. Witte, Buchholz, sowie Edr. Claus in Kultur der Riesaer überbrachten herzliche Glückwünsche und Geschenke. Weiter sprachen noch ein Vertreter der Bürgervereine zu Pöhlitz und ein sehr redgewandter Vertreter des Schwarzenberger Tagesblattes. Das neben den wertvollen Geschenkdarbringungen auch zahlreiche Jubilare geehrt wurden, versteht sich von selbst. Nach Beendigung des offiziellen Teiles lasen Riesaer und Pöhlitzer noch einzelnartig miteinander, um bei gutem Himmel, dem Nationalgebet der Pöhlitzer, noch manch herrliches Wort und Lied zu tauschen. Manchem fiel das Heimgehen schwer (hoffentlich haben der Ortsleiter und sein Freund sich doch noch übers Wasser getraut!). Das

mit beim Zubettgehen kein Licht mehr zu brennen brauchen, daran war doch wohl nur — das Datum schuld: Warum geht auch am 22. Juni die liebe Sonne gar so zettig auf! W'achet ihr schon rasch!

Der Sonntag vormittag vereinte uns an der Wahl-urne und anschließend im Garten des Deutschen Hauses zu einem stimmungsvollen Frühstück, den wir durch manch schönes, von zahlreichem Saunpublikum dankbar aufgenommenes Lied wärzten. Das waren viele! die schönsten Stunden in Pöhlitz. Sie werden uns unvergessen und natürlich auch im Nachhinein erhalten bleiben (Wel Georges?). Hoffentlich haben der „Abgeblühte“ und alle anderen die ihnen gesandten Kartengrüße erhalten! Leider mußten wir — nach reichlichem, vorzüglichem Mittagmahl — schon am frühnamittag die Heimfahrt antreten, wozu sich auch ein sonderbarer Vogel — Pelikan genannt — eingefunden hatte. (Wir konnten ihn erst in Riesa im Deutschen Haus wieder sehen; 's war aber doch ein lieber Kerl.) Nachdem schon 8 Stunden in Pöhlitz verleben waren, verloren wir dann aber doch noch zwei in Chemnitz. Trotzdem haben wir auch auf dem letzten Teile der Fahrt noch manch stimmungsvolles Lied gesungen. Ein Abdruck im Deutschen Haus bedendete die Fahrt, die einen in jeder Hinsicht befriedigenden, harmonischen Verlauf nahm, so daß alle Teilnehmer noch in den spätesten Tagen gern an sie zurückdenken werden. Noch einmal aber wollen wir betonen, daß unsere besondere Dankbarkeit den lieben erzgebirgischen Sangesbrüdern gebührt, die alles nur Erdentüchtige veranstaltet hatten, um uns den Aufenthalt so angenehm wie möglich zu machen. Wir werden uns ihrer und des — Tag von Pöhlitz gern erinnern!

ger und Wille noch in fröhlicher Stimmung beisammen.

Grödenhain. Ein folgenschwerer Verkehrsunfall ereignete sich Sonntag nachmittag an der Straßenkreuzung...

Grödenhain. Verkehrsunfall. Am Sonntag vormittag kam eine Radfahrerin von auswärts, die zum Besuch...

Strauch. Sonntag vormittag ereignete sich hier ein bedauerlicher Unglücksfall. Der hier wohnhafte Kutscher...

Lampertswalde. Unglücksfall. Am Sonnabend vormittag ereignete sich hier ein sehr tragischer Bauunfall.

Vommasch. Schadenfeuer. Gestern früh gegen 14 Uhr brach auf der Döbelner Straße im Hintergebäude...

Leipzig. Betrügerisches Ehepaar mit Kind. Schon wieder taucht ein Paar auf, das den alten, aber noch immer...

Leipzig. Einbruch in eine Fleischererei. Nach Uebersteigen eines Zaunes zum Grundstück Leipziger-Road...

Dresden. Gründungsfest der Technischen Hochschule. Am Sonnabend nachmittag fand in der Aula der Technischen Hochschule die diesjährige Gründungsfeier statt.

Dresden. Bebensünde. Die Sanitätsabteilung der Feuerwehr wurde gestern mittag gegen 1 Uhr zu einer...

Dresden. Großbrand. Die Feuerwehr wurde gestern mehrmals zur Löschung von Großbränden alarmiert, die teilweise einen ganz bedrohlichen Umfang annahm.

Dresden. Am Sonntag abend gegen 10 Uhr kam auf der Marienstraße ein Motorradfahrer infolge Nachdruckes zum Sturz.

Ein erster Schritt zur Regierungsbildung.

Dresden. Die Deutschnationalen und Landvolk-Fraktion des neuen sächsischen Landtages haben an die übrigen nichtmarxistischen Fraktionen des Landtages ein Schreiben gerichtet, in dem sie von der Tatsache...

Radeberg. Internationaler Rinderaustausch. Die dänische Backigo (Friedensgesellschaft) hat sich an dem Oberantoperein (Verba Stelo) in Radeberg gewandt...

Leipzig. Schwere Kraftwagenunfall. Am Sonntag nachmittag stürzte in Kuppritz ein Kraftwagen, der vermutlich infolge zu hoher Geschwindigkeit ins Schleudern...

Leipzig. Am Sonntag mittag wurde hier der in Heidenau wohnhafte Rudolf Köpfer mit seinem Kraftwagen von dem Motorradfahrer Kelsig aus Böhlitz angefahren.

Leipzig. Von schwerem Verdacht befreit. Vor einigen Tagen war, wie gemeldet, der Verdacht entstanden, daß der Arbeiter Seidel sein etwa sechs Monate altes Kind...

Königsbrunn. Schwere Motorradunfall. Am Sonntag nachmittag ereignete sich auf der Schwepziger Landstraße ein folgenschwerer Zusammenstoß zweier Motorräder.

Leipzig. Einbruch in eine Fleischererei. Nach Uebersteigen eines Zaunes zum Grundstück Leipziger-Road, Dippoldstraße 33, und Loswachen eines Fenstergitters gelangten Einbrecher nachts in die Räume der dort gelegenen Fleischererei...

Leipzig. Zwei Arbeiter überfallen. Vor einigen Tagen wurden, wie erst jetzt bekannt wird, zwei Arbeiter im Walde an der Hindenburgbrücke von drei unbekannten Männern ohne jeden ersichtlichen Grund überfallen...

Leipzig. Zeigenommener Sittlichkeitsverbrecher. Im benachbarten Mühlau versuchte ein aus Oberzöbna stammender 24 Jahre alter Mann an einem 14jährigen Mädchen ein Sittlichkeitsverbrechen zu verüben.

Unterzösa. Schwere Unwetter. Am Sonnabend nachmittag ging über den Ort Unterzösa und seine nähere Umgebung ein außerordentlich schweres Gewitter mit Wolkenbruch und Hagelschlag nieder.

Chemnitz. Der Brückeneinsturz in Chemnitz. Der Zusammenbruch einer Holzbrücke im Freibad Altkemnitz, der sich am Sonntag nachmittag ereignete, hat leider schwere Folgen gehabt.

Chemnitz. Verdrückt. Das 2 1/2-jährige Mädchen eines hiesigen Kraftwagenführers rief in einem ungewachten Augenblick einen Topf kochender Fleischbrühe vom Küchenfenster, wobei sich der ganze Inhalt über den Körper des Kindes ergoß.

Chemnitz. Am Sonntag abend wurde am Ortsausgang von Mittelbach ein 76 Jahre alter Radfahrer aus Ursprung von einem Auto angefahren.

Smilka u. Eine neue Untat des Mörders Beilke. Am 1. Oktober v. J. wurden am Flohgraben bei Kus und an zwei anderen Stellen ein Mädchen und zwei Frauen von einem Manne unftittlich belästigt und eine der Ueberfallenen zu miran verführt.

Smilka u. Der Tod im Wald. Am Sonntag nachmittag fiel in einem Waldstück in der inneren Stadt ein 61jähriger Invalide infolge eines Schlaganfalls plötzlich tot zu Boden.

Wieslau bei Smilka u. Der dreijährige Sohn des Landwirts Otto war, während seine Eltern auf der Wiese mit Heuwindringen beschäftigt waren, auf die Staatsstraße gelaufen, um Kleine zu suchen.

Herold. Schadenfeuer durch Blitzschlag. Bei einem nachts hier aufgetretenen Gewitter schlug der Blitz in die Scheune des Wirtschaftsbefizers Wösch und zündete.

Nordversuch

Zittau. Nachts gegen 1 Uhr wurde auf die 22jährige Fabrikarbeiterin Margarete Baumerl aus Hartau, die sich mit einigen Freundinnen und einem Freunde auf dem Heimwege von einer Tanzmusik in Petersdorf (Tschochlowatz) befand, ein Mordanschlag verübt.

Der Tod im Wasser.

Dresden. Ertrunken. Am Sonntag vormittag ertrank oberhalb der Saloppe ein etwa 25 Jahre alter Mann beim Baden in der Elbe.

Braunsdorf. Am Sonntag vormittag geriet in der Nähe der hiesigen Papiermühle ein unger Mann, der nicht schwimmen konnte, in eine tiefe Grube und ertrank, bevor ihm Hilfe gebracht werden konnte.

Geithain. Der 20jährige Otto Schmidt ertrank beim Baden in der Elbe. Ein des Schwimmens unfähiger junger Mann geriet beim Baden im Steinbruchteich in Schlinggewächse und drohte zu ertrinken.

Wieslau i. B. Der 17 Jahre alte in Wieslau wohnhafte Schloßknecht Lucas aus Schönbach i. B. ist am Sonntag nachmittag in Badbrüchen bei Mühltrösch, wozu er einen Ausflug gemacht hatte, beim Baden ertrunken.

Greiz. In der Elbe ertrunken ist bei Berga der 18 Jahre alte Banlangestellte Krieg aus Romberg, Krieg war mit vier jungen Beuten in die Elbe gegangen, um zu baden, und dabei verirrten.

Dorf. In einem Wassertümpel ertrunken ist am Sonntag abend das nicht drei Jahre alte Kind Gerhard Richter. Der Knabe wollte seine Mutter suchen und ist dabei in den auf dem Hof befindlichen Tümpel gestürzt.

Dalle. Die Saale forderte am Sonntag mehrere Opfer, und zwar ertranken beim Baden zwei Männer im Alter von 29 und 18 Jahren. Ihre Leichen konnten bisher noch nicht geborgen werden.

Aus den Nachbarstaaten.

Böhlitz b. Orttrand. Unsere Storchenfamilie auf der Tschischen Scheune hat Zuwachs bekommen. Vier muntere Ueberlebende blühen neugierig von ihrem lustigen Nest auf die für sie, die des Fliegens vorerst noch Unkundigen, so gefährliche Welt herab und regen hin und wieder die Schwärmer.

Dalle. Am Sonntag vormittag zwischen 10 und 11 Uhr wollten die Wobitzin Indirenden Ernst Grünwald und Fritz Ahrens, beide aus Halle a. S., und der Student Risse aus Witten die Südbahn der Kampen-Wand bestiegen und waren zu diesem Zwecke angefahren.

Wieslau. Zum Tode verurteilt. Das Schwurgericht in Wogau verhandelte gegen den 29jährigen Arbeiter Gerhard Kubale aus Grünberg. Er hatte am 8. März im Walde bei Wittgenau die 69 Jahre alte Maurerweibfrau Emilie Simon aus Heintzschau ermordet und beraubt.

Zu der bedrohlichen Lage der Wohlfahrts-erwerbslosen für die Gemeinden.

Der Vorstand des Sächsischen Gemeindetages hat sich vor wenigen Tagen mit der überaus ernsten und bedrohlichen Lage der Wohlfahrts-erwerbslosen für die Gemeinden beschäftigt. Die Zahlen, die das Anwachsen der Wohlfahrts-erwerbslosen und der in der Krisenfürsorge befindlichen anzeigen, sind erschreckend. Nach einer Zusammenstellung, die durch das Wohlfahrtsministerium vorgenommen wurde, ergeben sich auf die Termine

Wohlfahrts-erwerbslose:	1. 10. 1929	1. 1. 1930	1. 4. 1930
a) 28 Bezirksfürsorgeverbände	4 176	9 957	14 170
b) 21 bezirksfreie Städte	11 888	17 876	24 246

Nach anschaulicher aber ist die steigende Belastung für die Krisenfürsorge, für die die Gemeinden ebenfalls ein Hüftel zu tragen haben. Hier ergeben sich für die gleichen Termine: a) 28 Bezirksfürsorgeverbände 9 504 15 087 23 012 b) 21 bezirksfreie Städte 10 868 14 847 23 598

Während also auf 1000 Einwohner am 1. Oktober 1929 1,1 Erwerbslose entfielen, waren es am 1. April 1930 auf 1000 Einwohner schon 5,4 bei den Bezirksverbänden; bei den bezirksfreien Städten belaufen sich die entsprechenden Zahlen auf 4,1 und 9,8. Die Zahl der von der Krisenfürsorge Unterstühten betrug bei den Bezirksfürsorgeverbänden je 1000 Einwohner am 1. Oktober 1929 2,2, am 1. April 1930 5,8; bei den Gemeinden dagegen sind sie von 2,7 am 1. Oktober 1929 auf 9,0 am 1. April 1930 gestiegen, haben sich also beinahe vervierfacht.

Die Zahlen sind aber gerade in den letzten Wochen noch weiter gestiegen. Nach einer Zusammenstellung des Sächsischen Gemeindetages ist allein bei 17 bezirksfreien Städten die Zahl der Wohlfahrts-erwerbslosen vom 1. Mai 1930 bis 1. Juni 1930 von 25 474 auf 28 021, die Zahl der der Krisenfürsorge unterliegenden von 28 568 auf 31 990 weitergestiegen. Dabei besteht nicht nur die Gefahr, sondern die Gewißheit, daß, selbst wenn die Erwerbslosenzahlen nicht weiter steigen oder zurückgehen sollten, die Zahl der Wohlfahrts-erwerbslosen bestimmt weiter steigen wird, und zwar deshalb, weil immer wieder die Beobachtung gemacht wird, daß die Arbeitsämter in erster Linie die der Reichsanhalt zur Last fallenden Arbeitslosen zur Arbeit vermitteln, daß aber die bei der Gemeinde verbleibenden Wohlfahrts-erwerbslosen die wirklich Dauererwerbslosen darstellen.

Diese Belastung wirkt natürlich jede Haushaltsberechnung der Gemeinden mit Notwendigkeit über den Haufen. Der Staat wird hiervon nicht berührt. Die Lage der Gemeinden ist also in diesem Jahre eine ganz andere als die des Staates. Es gibt Gemeinden, die in dem ersten Vierteljahr beinahe schon das haben aufwenden müssen, was sie im Haushaltsplan für 1930 eingestellt hatten. Sehr richtig ist deshalb darauf hingewiesen worden, daß diese Belastung schon längst keine finanzpolitische, sondern eine hochstaatspolitische Gefahr darstellt.

Der Vorstand des Sächsischen Gemeindetages hat deshalb einstimmig gefordert, daß zunächst, so wie es die Reichsanhalt für Arbeitslosenvermittlung selbst schon vorgeschlagen hatte, eine wesentliche Ausdehnung der Krisenfürsorge in veronleitet und zeitlicher Beziehung eintritt, und daß das sogenannte Gemeindefürsorge in der Krisenfürsorge, das jetzt noch die Gemeinden zu tragen haben, von der Reichsanhalt übernommen wird. Unabhängig hiervon aber müssen die Gemeinden fordern, daß die gesamten Lasten für die Wohl-

fahrts-erwerbslosen ihnen vom Reich abgenommen werden, weil die Belastung, die ihnen durch die Wohlfahrts-erwerbs-losen erwächst, lediglich eine Folge der allgemeinen Auswirkung des verlorenen Krieges und der Weltwirtschaftsdepression ist. Bis zum Eingreifen des Reiches aber müssen die sächsischen Gemeinden dringend eine sofortige Hilfe des Landes erwarten und müssen verlangen, daß das Land wegen der relativ günstigeren Lage seiner Finanzen hierzu vor allem auch die Mittel verwendet, die ihm nach den Reichsenergiegesetzen mehr zustehen.

Berufsbeamtentum irgendwelcher Art als unvereinbar mit den schweren Aufgaben der Betreuung der Riesenmasse von Erkrankten ab, ohne dabei zu verkennen, daß sie gewisse Einschränkungen auf sich nehmen muß. Gefordert wird eine zweckentsprechende Einordnung des Arztes in die Sozialversicherung, namentlich in die Krankenversicherung, eine gerechte Wärdigung der Leistungen des Arztes und eine Anerkennung der Schwierigkeiten, die der Kassenaar in seiner Tätigkeit zu überwinden hat. Die Ärzteschaft sei durchaus bereit, an einer zweckentsprechenden Neuordnung mitzuwirken, um im Rahmen des Möglichen eine Verbilligung der Krankenversicherung und mögliche Sparmaßnahmen in der ärztlichen Tätigkeit zu erreichen. Die im Rahmen des Sparprogramms dem Reichsrat vorliegenden neuen Gesetzesentwürfe erfüllen die Ärzteschaft mit großer Sorge, seien doch Maßnahmen vorgesehen, die in ihrer Gesamtheit die Krankenversicherung zu sehr entwerteten. Im Interesse der Versicherten vermahnt sie die Ärzteschaft auch mit aller Entschiedenheit gegen die Abführung der ärztlichen Hilfe durch eine Geldabfindung des Erkrankten, die Kämpfe gegen einen weiteren Abbau der Kassensätze, der die Preisgabe der Jungärzte bedeute, und verzweifle sich gegen ein dauerndes Rotopfer von D. v. D. ihrer Berufseinnahmen, das mit dem Verfassungsgrundsatz der Gleichheit aller Staatsbürger unvereinbar sei. Mit allem Nachdruck fordere die Ärzteschaft bei der Zentralisierung der großen Frage der Volksgesundheit, der Seuchengesetzgebung, der sozialen Gesetzgebung, der Gesundheitsfürsorge in Reichsinstitutionen u. durch Reichsgesetze eine zentrale, alle deutschen Ärzte umfassende Ärzteschaft und eine Ordnung des Ärzterechts durch Reichsgesetz. In größter Erregung sei die preussische Ärzteschaft und die anderer deutscher Länder wegen der Ausdehnung der Gewerbesteuer auf die freien Berufe. Diese Belastung sei unsozial, denn sie behindere die Erkrantung. Die Ärzteschaft fordere eindringlich die Beseitigung dieser Belastung.

Qualitäts-Drucksachen

Kataloge * Werbetrucksachen
Drucksachen f. Handel, Industrie

Langer & Winterlich

Riesa, Goethestraße 59 * Telefon 20

Arzt und Staat.

Berlin, 28. Juni. Vor Beginn der 27. Hauptversammlung des Verbandes der Ärzte Deutschlands, nach seinem Gründer Hartmann und genannt, und des 49. Deutschen Ärzteskongresses, der Haupttagung des Deutschen Ärztesvereins, in Kolberg, hielt Geheimrat Dr. Dr. h. c. Alfons Stauder, der Vorsitzende der beiden ärztlichen Spitzenverbände, bei einem Empfang der Presse in Berlin eine großangelegte Rede über das Thema „Arzt und Staat“.

Mit aller Entschiedenheit lehnte die Ärzteschaft eine Sozialisierung des Standes oder eine Ueberführung in ein

Die „Southern Cross“ gestartet.

Dublin. Das Flugzeug „Southern Cross“ ist um 4.30 Uhr früh von dem Flughafen Port Marnock bei Dublin zum Flug nach New York gestartet.

Die „Southern Cross“ verläßt das Festland.

Dublin. (Funkpruch.) Hauptmann Kingsford Smith, der heute früh mit seinem Flugzeug „Southern Cross“ vom Flughafen Port Marnock bei Dublin zum Flug nach New York gestartet ist, hat nach einer Funkmeldung um 5 Uhr 15 früh die Westküste von Irland überflogen. Das Flugzeug fährt genügend Brennstoff für 38 Stunden mit. Man hofft, daß es Kap Race in 28 Stunden erreichen wird.

Bevorstehender Transozeanflug

Dublin, 24. Juni.

Nachdem Kingsford Smith günstige Berichte über die Wetterlage auf dem Ozean erhalten hat, beabsichtigt er, heute mit drei Begleitern an Bord seines Flugzeuges „Southern Cross“ in der Nähe der Stadt zum Flug nach New York zu starten. Die Flieger sind der festen Zuversicht, daß dieser Flug, den sie in 34 Stunden durchzuführen gedenken, gelingen werde.

Vereinsnachrichten

Kriegerverein „König Albert“. Mittwoch 7,2 Uhr Stellen am Friedhofeingang zur Beerdigung des Kam. Moritz Winkert. Regie Beiteila. erw.

Kleinrentnerverein. Dampfschiffahrt Mittwoch, den 25. Juni, früh 9 Uhr.

Verein Ergebirger und Vogtländer, Riessa. Die Parteipartie nach Schöps findet Sonnabend, 28. 6. statt. Abfahrt ab Riessa 7,12 Uhr. Die Landsleute, die noch keine Uebernachtung gemeldet haben, werden gebeten, sich bis Donnerstag bei Landsmann Böhm zu melden.

RSV. Heute alle Funktionäre pünktlich zur Vorstandssitzung erscheinen. Dringend!!

Reitverein Riessa. Morgen Mittwoch 7 Uhr Reitbahn, Donnerstag um 7 Uhr Fahren in Haderau.

Gasthof Nünchritz 2 Pferde-Omnibusse

Mittwoch und Sonntag
Dielen-Tanz.

Ergebenst ladet ein Max Rennsch.

Pferdeverkauf.

Stelle ab heute frische Seeländer und Schwedische Pferde mit voller Garantie u. zu möglichst billigen Preisen und leichten Zahlungsbedingungen zum Verkauf.

A. Merzdorf, Lommatzsch, Tel. 65.

Sofort Geld.

Bedeutendes Krankenversicherungs-Unternehmen sucht an allen größeren Plätzen Herren zur Werbung von Mitgliedern. Nur Herren, welche ernstlich gewillt sind, sich eine sichere Existenz zu schaffen, wollen sich melden.

Angebote unter „T. 208“ an Alb. Haasenstein & Vogler, Dresden, erbeten.

Spiegel für Wand u. Tisch

weiter empf. Joh. Enderlein, Riessa.

Einkochapparate

Einkochgläser
Fruchtpressen
Zahnbüchel
Haarsiebe
Passiermaschinen
Bohnenmehler
Mohnmühlen
Obstkessel
Spirituskocher

empfiehlt

Gröba.

Der geehrten Einwohnerschaft für die reichliche Schmückung und Anteilnahme anlässlich der Platzweihe

herzlichen Dank.

Turnverein Gröba (DT.)

Geld an Beamte!

18 Monatsrat., ohne Lebensverf.

J. Th. Meißel, Leibniz 3 3, Bayerschestr. 84.

Laden im Zentrum

möglichst mit 2 Schaufenstern zu mieten gesucht.

Offerten unter Z 4817a an das Tageblatt Riessa.

A. Kuntzsch

Hauptstraße 38.

Futterkartoffeln

verkauft

Hittergut Merzdorf.

Glänzende Existenz

haupt- oder nebenberuflich durch Uebernahme einer Vertreibsstelle für Margarine. Auch für gemessene Warenvertreter hohe Verdienstmöglichkeiten.

Offerten unter Z. 674 an Annoncen-Exp. Gersmann, Berlin, Alexanderstraße 46/48.

Kaiser-Natron

milde im Geschmack und sehr bekömmlich, bringt Erleichterung und Linderung bei Sodbrennen, Magensäure, wirkt beruhigend. Man verlange ausdrücklich Kaiser-Natron nur in grüner Original-Packung. Absolute Reinheit garantiert, niemals lose, in dem meisten Geschäften. Rezepte gratis.

Arnold Holste Wwe., Bielefeld (R. 69)

Aktentasche

m. Geschäftspapieren verloren. Abgabe. Gedder, Riessa, Goethestr. 10.

Gartenrestaurant Elbterrasse.

Angebotener Aufenthalt.

Statt Karten.

Toska Hessel Georg Bennewitz

beehren sich zugleich im Namen beider Eltern ihre Verlobung bekannt zu geben.

Bräuben bei Grimma Verfa bei Riessa
Johanni 1930.

Geld an Beamte!

18 Monatsrat., ohne Lebensverf.

J. Th. Meißel, Leibniz 3 3, Bayerschestr. 84.

Ordnentliches Mädchen

sucht Stellung für sofort gute Zeugnisse vorband. Offerten unter A 4818 an das Tageblatt Riessa

17jähr. schulf. Mädchen sucht Aufwartung.

Su erf. im Tagebl. Riessa

Täglich frische Seefische empfiehlt
Clemens Bürger.

Morgen Mittagessen

Früh 7,9 Uhr
Wahlstraße
später fr. handf. Werk
Gallerstraße
und Gassepeter.
M. Gumlich, Goethestr. 55.

Wilhelm Lehmann

ist es uns Herzensbedürfnis, allen denen, die ihm das letzte ehrende Geleit gaben,

herzlich zu danken.

Glaubitz C, den 23. 6. 1930.
Die trauernden Hinterbliebenen.

Bruno Socke

Nach langem, schwerem Leiden entschlief sanft am Sonntag vormittag mein lieber Gatte, Vater, Bruder, Schwager und Onkel Herr Totenbettmeister

am 51. Lebensjahre.

Riessa-Gröba, 24. Juni 1930.

In tiefer Trauer
Emma verw. Socke
zugleich im Namen aller Hinterbliebenen.

Beerdigung findet Mittwoch, nachm. 7,2 Uhr, von der Friedhofshalle Gröba aus statt.

Grundstück

mit Lebensmittelgeschäft, insbes. Molkereiprodukte, seit langen Jahren bestehend, krankheitsf. sol. zu verkaufen. Hauszahl 1000. Bar Uebernahme Ab RM. 10 000.— erford. Off. u. Z. 8. 1317 a. b. Gef. d. Böhmer-Angewand., Riessa.

V. A. O. D.

Mittw. 25. 6., 7,4 Uhr
Schn.-Bf. Stadtpark
8 Uhr Sigg. I. u. III.

Donnerstag, 26. 6., 8 Uhr
Monatsversammlung
im Schützenhaus.

Die heutige Nr. umfasst 12 Seiten.

Landwirtschaftsfragen im Reichstag.

203. Berlin, 23. Juni.

Präsident Lohé macht bei Eröffnung der Reichstags-Sitzung offiziell Mitteilung von dem Rücktritt des bisherigen Reichsfinanzministers Dr. Reibenspäner. Die Kommunisten rufen: „Fort mit Brüning!“

Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Haushalts des Reichsernährungsministeriums in Verbindung mit dem Döhlse-Gesetz, dem Milch-Gesetz und Wein-Gesetz.

Reichsernährungsminister Schiele

leitet die Beratung ein durch längere Ausführungen, in denen er zunächst auf die Lage des Weltmarktes auf dem Gebiete der Agrarprodukte eingeht. Inmitten zusammenbrechender Märkte und gegenüber dem Ansturm des Produktions-Überschusses anderer Länder gibt es für die deutsche Landwirtschaft nur den Ruf: Alle Mann auf die Beine! Dem Schicksal der deutschen Landwirtschaft dienen verschiedene gesetzgeberische Aktionen der Regierung. Der Vermahlungszwang für deutschen Weizen hat sich bewährt, darum schlagen wir seine Verlängerung vor. Beim Roggen geht unter Streben dahin, den Preis über das Niveau des Futtergetreides auf die Höhe eines normalen Brotgetreidepreises zu heben. Im kommenden Wirtschaftsjahr würden die Roggenvorräte aus aller Ernte infolge des günstigen Fortganges der Roggenverfütterung und der Steigerung des menschlichen Roggenverbrauchs nur noch etwa dem normalen Umfang eines Monatsbedarfs entsprechen. Bei einer guten Ernte von 8 1/2 Millionen Tonnen würde die zusätzliche Unterbringung von 1 1/2 Millionen Tonnen Roggen notwendig werden. Hierfür ständen der Regierung die Weizen-Vollstilk, die Steigerung des Roggenverzehr durch das Brot-Gesetz und die Mehrverfütterung von Roggen durch Drosselung der Einfuhr ausländischen Futtergetreides zur Verfügung. — Der Minister kündigt eine Propaganda-Aktion zur organischen Umstellung der Betriebe auf vermindernden Roggen-Anbau an. Zur Verwertung der Erntereste erklärte er, es müsse angefangen werden, die Preise ein wesentlich erhöhter Maß für Erbsen eingeführt werden. Im Zusammenhang mit der Bewertung der Saatfrüchte teilte Minister Schiele dann mit, die Verordnung über den Spirituumsverbrauchs sei mit den Interessenten soweit beraten, daß sie noch vor der neuen Kampagne erlassen werden könne. Eine straffe Organisation der Kartoffel verarbeitenden Gewerbe und die Ordnung der Speisefabrikmärkte würden noch rechtzeitig vor der Ernte erfolgen. In der Milchwirtschaft seien der Regierung die Hände noch zollpolitisch gebunden, weshalb die Regelung der Milchverarbeitungs-Böden von der Regierung mit Nachdruck und vordringlich betrieben werde. Für die Verwertung von Schmalz und Talg müßten neue Wege gefunden werden, etwa nach Art des Vermahlungszwanges für Weizen. Der Minister gab dann Einzelheiten über das allgemeine Handelsklassen-Gesetz bekannt, in dem u. a. die Möglichkeit eines zwangswelken Zusammenschlusses von Betrieben zur Verarbeitung gewisser landwirtschaftlicher Erzeugnisse sowie einer Ermächtigung für die Einführung des Lagerstätten-Systems vorgesehene seien. Des weiteren begrüßte der Minister den Beschluß des Kabinettsrats, die Beratung des Döhlse-Gesetzes mit der Behandlung des Landwirtschafts-Haushalts zu verbinden, da ja im Mittelpunkt der Hilfe für den Döhlse naturgemäß die Hilfe für die Landwirtschaft stehe. Es handle sich bei dem Döhlse-Gesetz nicht um Dotationen oder Subventionen, sondern um die Aufrechterhaltung der nationalen und wirtschaftlichen Lebensbasis der ganzen Nation. Wer dem Döhlse wirklich helfen wolle, müsse die Reichsregierung auch in den Stand setzen, die jetzt eingeleitete Hilfe weiterzuführen; sonst seien die im Jahr angewendeten Mittel nutzlos verfliegen. Bei der Bedeutung der landwirtschaftlichen Siedlung für den Döhlse halte sich die Regierung für verpflichtet, endlich dem dringenden Bedürfnis nach einem Siedlungsdauerkredit abzuhelfen. Dann erläuterte der Minister eingehend die Umschuldung und die Betriebssicherung. Er wies darauf hin, daß über das Ausmaß der Kredite und der Garantien völliges Einverständnis zwischen Reichsregierung und preussischer Staatsregierung herbeigeführt sei. Wenn der Preussische Landtag einen Beschluß gefaßt habe, der über das im Gesetz vorgesehene hinausgeht, so dürfe dementsprechend auf die im Gesetzentwurf enthaltenen Formulierungen verwiesen werden. Das Reich und Preußen seien bereit, in paritätischem Zusammenwirken 400 Millionen Mark Garantien zu übernehmen. Außerdem sei im Gesetz die Ermächtigung zu weiteren Garantien vorgesehen. Die Betriebssicherung solle als zusätzliche Maßnahme dann eingeführt werden, wenn die Umschuldung allein nicht ausreiche, um einen volkswirtschaftlich wertvollen, sanierungswürdigen Betrieb vor einem Auscheiden aus der Produktion zu bewahren. Der Vollstreckungsschutz solle nur im Einzelfall auf besonderen Antrag gewährt werden und bis Ende dieses Jahres beschränkt sein; Zweck dieses Schutzes sei es, Schäden, die sich für die Produktionskraft der Betriebe und für die Gläubiger aus einer übereilten Zwangsversteigerung ergäben, abzumildern. Der Gang des Verfahrens müsse vor allem den Ausführungsbestimmungen vorbehalten bleiben. Bereits vorhandene Einrichtungen würden nach Möglichkeit Verwendung finden, besonders solche Stellen, die mit der Umschuldung befaßt sind. Voraussichtlich aber werde man im Bedarfsfall in einzelnen Fällen auch andere Organisationen angliedern müssen. Der Minister schloß mit der Erklärung, daß sich die Regierung zur Übernahme der in die Hunderte von Millionen gehenden Bürgschaften und zur Bereitstellung großer Mittel trotz der überaus schwierigen Lage der Reichsfinanzen deshalb bereitgefunden habe, weil sie überzeugt sei, daß es ihr gelingen werde, dem Döhlse und insbesondere der Landwirtschaft die gesunde Grundlage wiederzugeben.

Abg. Schmidt-Röbenich (Soz.) bezeichnet es als einen Anflug, daß sogar im Westen Deutschlands noch Roggen angebaut wird von Landwirten, die auf hohe Roggenzölle spekulieren. Die deutschen Landwirte sollten endlich auf einer vernünftigen Verständigung über die Produktion kommen. Die mangelnde Vorkehr der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft habe sich auf der Kölner Landwirtschaftsausstellung gezeigt, wo man die Rasse einem ganz unbekannten Hauptmann A. D. anvertraute mit dem Erfolg, daß der Hauptmann durchbrannte. Das landwirtschaftliche Kreditwesen leidet am meisten unter den übermäßig hohen Zinsen, die die landwirtschaftlichen Genossenschaften für Geld nehmen, die sie selbst zu ganz niedrigen Sätzen vom Reich und den Länderstellen bekommen haben. Der Reichstag muß gründlicher prüfen, was mit dem Gelde geschieht, das er zur Inanspruchnahme bewilligt. Herr Minister, wie steht es mit dem Weiskäse, den Sie in Bayern eingelagert haben? Ist er Ihnen noch nicht weggelaufen? (Gelächter.) Wir beantragen die Streichung der sechs Millionen, die zur Stärkung der Schlachtviehmärkte ausgeworfen sind. Der Roggenbau muß vorübergehend eingestellt werden. Nicht durch Böden, sondern nur durch Produktionsregelung kann

die Roggenkrise überwunden werden. Eine Regierung, die die Bezüge der Arbeitslosen verkürzt, darf nicht Reichsmittel zur Erhöhung der Roggenpreise bewilligen. Wir beantragen die Aufhebung des Gesetzes über den Vermahlungszwang für Inlandsweizen. Der Reichsverband der Deutschen Industrie hat ein sehr vernünftiges Agrarprogramm aufgestellt, aber er hat kein Recht zu guten Ratsschlägen, solange er die Kartellpreise nicht senkt. Die vom Minister über die Verschuldung der Landwirtschaft gemachten Angaben sind als maßlose Übertreibungen nachzuweisen worden. Wegen solche Übertreibungen wenden wir uns gerade deswegen, weil wir in der Arbeiterschaft Verständnis für die tatsächlich in der Landwirtschaft vorhandene Not wecken wollen. Das Döhlsegesetz werden wir im Ausschuss genau durchprüfen. Die für die Verbesserung geforderten Mittel lehnen wir ab. Wir vermischen eine Begrenzung des Umfangs der Döhlse. Wir bedauern schmerzlich den Gebietsverlust im Döhlse, aber wir müssen uns endlich damit abfinden. (Beif. Rufe rechts: „Niemand werden wir uns damit abfinden!“) Den Begriff des östlichen Notstandsgebietes darf man nicht auf Mecklenburg und Schleswig-Holstein ausdehnen.

Abg. Herz (Dn.) begrüßt es, daß durch die Vorlage des Döhlsegesetzes endlich die Fürsorge für den bedrängten Döhlse einheitlich gestaltet wird. Die Fürsorge für den Döhlse ist heute die vorrangigste Aufgabe des ganzen deutschen Volkes. Die Landwirtschaft nimmt die Schlüsselstellung für das gesamte Ostproblem ein. Das wird auch von der Vertretung von Industrie und Handel anerkannt. Wenn wir die Not der Landwirtschaft im Döhlse mildern, dann wird dadurch auch das gesamte übrige Gewerbe gefördert. Wir warnen aber vor übertriebenem Optimismus angesichts der Erfahrungen mit der früheren Döhlse-Hilfe. Das Döhlsegesetz weist hinsichtlich der angeforderten Mittel ganz respektable Zahlen auf, aber wir halten das ganze System der Hilfe nicht für richtig. Wenn man frange Betriebe durch Darlehensverbindungen am Leben erhält, so ist damit nicht der Grund für das Frankwerden beseitigt. Die Voraussetzungen für die Unterstützung sind so gestaltet, daß sie leicht demokratisierend wirken können. Subventionspolitik führt leicht zur Korruptionspolitik. Richtig wäre der umgekehrte Weg, daß man die Ursachen für das Frankwerden der Betriebe beseitigt. Das bedeutet, daß die Belastung der Betriebe vermindert wird. Steuern, die immer wieder gehoben werden müssen, sollte man endlich niederschlagen. Im Ausschuss werden wir prüfen müssen, ob nicht das ganze System der Döhlse umgestaltet werden kann. Dabei wird besonders darauf geachtet werden müssen, daß der Zinsendienst nicht überspannt wird. Eine klare Abgrenzung des Gebietes für die Hilfe fehlt im Gesetz. Das ganze Döhlsegesetz steht und fällt mit der Art seiner Durchführung. Die Verhandlungen mit der Industrie kommen hoffentlich bald zu einem befriedigenden Abschluß. Wir beschränken es, wenn die Durchführung der Döhlse in der Hauptfrage in den Händen des Reiches bleibt. Unter keinen Umständen darf dazu aber ein neuer großer Verwaltungsapparat aufgebaut werden. Es kommt darauf an, daß an der Spitze der Landstellen Leute stehen, die das Vertrauen der Kreise genießen, die sie betreuen sollen. Preußen will sich an dem Döhlsewert beteiligen; aber die von ihm angebotenen Leistungen können nicht als ausreichend betrachtet werden. Früher war die Haltung der preussischen Regierung dem Döhlse gegenüber anders und besser. Die unzureichende finanzielle Beteiligung Preußens muß zu der Konsequenz führen, daß wir auch bei der Durchführung des Gesetzes Preußen nicht die Beteiligung in dem Umfang gewähren, den es jetzt beanprucht. Zu der Frage eines Ombudsmanns vermischen wir noch immer eine klare Stellungnahme der Regierung. Den Plan, zwischen der Döhlse und den Finanzreformplänen der Regierung ein Junctionum herzustellen, weisen wir als ein unmoralisches Unterfangen zurück. Die furchtbare Not der Landwirtschaft darf nicht als Druckmittel zur Gewinnung unserer Stimmen für eine Finanzvorlage der Regierung benutzt werden. Die Verwertung des Abg. Schmidt-Röbenich, daß wir uns mit der blutenden Döhlse abfinden müssen, weisen wir zurück.

Abg. Bornfeld-Eitmann (Ztr.): Wenn es dem früheren Minister Dietrich nicht gelang, die Not der Landwirtschaft zu mildern, so lag die Schuld an den Verhältnissen. Die Ausführungen des Abg. Schmidt-Röbenich waren eine Enttäuschung. Die Maßnahmen allein können die Rentabilität der Landwirtschaft nicht schaffen, aber sie sind dazu ein unentbehrlicher Faktor. Aber im äußersten Notfall muß man zur Kündigung von Handelsverträgen greifen müssen, wenn alle anderen Mittel versagen. Hand in Hand mit der Staatshilfe muß die Selbsthilfe der Landwirtschaft gehen. Es muß das Produktions- und das Abnahmeproblem eingehend geprüft werden. Auf manchen Gebieten wird eine Umstellung notwendig sein. Der Weg vom Erzeuger zum Verbraucher muß verkürzt werden. Wir werden die Hilfsmaßnahmen der Regierung unterstützen.

Abg. Görtler (Dp.) schildert die anstrengende Arbeit der bäuerlichen Familie. Wenn der Bauer dann im Herbst die Produkte seiner schweren Arbeit verkauft, dann steht er, daß er wieder ein Jahr umsonst gearbeitet hat. Die Hoffnung der deutschen Bauern geht dahin, daß es gelingen wird, das Hilfsprogramm durchzuführen. Wer dem Kabinettsrat Brünning diese Möglichkeit nimmt, der veründigt sich an der deutschen Landwirtschaft. Die Absatzorganisation muß besser gestaltet werden, damit die zu große Spanne zwischen Erzeuger- und Verbraucherpreisen vermindert wird. Die Notlage der Landwirtschaft zeigt sich aber auch stark in anderen Gebieten, z. B. in Hessen-Raffau. Notwendig werde ein besonderes Gesetz zur Hebung der Roggenkrise. Von der Rentabilität der Landwirtschaft hängt das Gedeihen der Gesamtwirtschaft ab.

Abg. Hepp (Christl. Nat.-Soz. Sp.): Die Rentabilität der Landwirtschaft kann nur wieder hergestellt werden, wenn durch zoll- und wirtschaftspolitische Maßnahmen die unnatürlich große Spanne zwischen den Preisen der Industrie- und der Agrarprodukte verschwindet. Der unerhört niedrige Milchpreis bedeutet für die deutsche milchproduzierende Wirtschaft einen jährlichen Gesamtverlust von 1 200 000 Mk. (Lärm! Hör!) Solange Deutschland nicht die Zollautonomie besitzt, wird es auch nicht die Selbstbegünstigung genießen. Auf keinen Fall dürfen wir Polen in einem Handelsvertrag die Selbstbegünstigung gewähren. Wir lehnen den polnischen Vertrag ab. Wir erwarten, daß die Reichsregierung auch vor Vertragskündigungen nicht zurückbleibt, um unsere Wirtschaft von unerträglichen Bindungen freizumachen. Das deutsch-polnische Roggenfondit hat nicht uns, sondern nur den Polen Nutzen gebracht. Der Vermahlungszwang für Inlandsweizen muß für den bisherigen Prozentsatz verlängert werden.

Abg. Lang (Bayr. Sp.) schilderte die besondere Notlage der bayerischen Bauernschaft. Die legerische Tätigkeit der landwirtschaftlichen Genossenschaften müsse weiter gefördert werden. Die härteste Kritik verdiente jedoch der übermäßig hohe Zinsfuß, der den Bauerngenossenschaften berechnet

werde. Ohne eine Verbilligung des Realcredits werde die Landwirtschaft nicht saniert werden können. Der Redner verlangte schließlich stärkeren Zollsatz für Rasse und andere Volkserzeugnisse.

Abg. Goerke (Komm.) richtet gegen die Regierung den Vorwurf, das Döhlsegesetz sei nur darauf zugeschnitten den Großgrundbesitz auf Kosten der Gesamtheit zu stützen und zu fördern. Der Vermahlungszwang müsse aufgehoben werden.

Abg. Dr. Drees (Ztr.) weist darauf hin, daß auf der linken die realpolitische Einsicht in vielen Fällen die prinzipielle Gegnerlichkeit gegen Schutzzölle überwunden habe. Der Eugenberg-Fügel der Deutschen Nationalen habe freilich die Parteidoktrin über das Wohl der Landwirtschaft gestellt. Die Parteidoktrin habe heute auch den Sozialdemokraten Schmidt zur Opposition gegen Schiele's Agrarprogramm veranlaßt, obwohl dieses Programm nur die konsequente Fortsetzung des von den Sozialdemokraten unterstützten Dietrich'schen Programms sei. Das Zentrum lasse sich nur von sachlichen Erwägungen leiten und setze in einer gesunden Landwirtschaft das Rückgrat einer gesunden deutschen Wirtschaft.

Um 7 1/2 Uhr wird die Weiterberatung auf Dienstag, 11 Uhr, vertagt. Am Dienstag werden auch die in der letzten Woche zurückgestellten Abstimmungen nachgeholt.

Unterzeichnung des deutsch-amerikanischen Schuldenabkommens

Washington, 24. Juni.

Das deutsch-amerikanische Schuldenabkommen ist gestern nachmittag im Schaham von dem deutschen Botschafter v. Britzsch und Goffron und dem Schahamsekretär Mellon unterzeichnet worden.

Neuwahlendrohung in Preußen

Berlin, 24. Juni.

Der preussische Ministerpräsident hat, der „Vossischen Zeitung“ zufolge, den Vorabend des Staatsrats, den Kölner Oberbürgermeister Dehaene, erlucht, am Mittwoch in Berlin anwesend zu sein. Das Blatt erinnert in diesem Zusammenhang daran, daß am Mittwoch im Preussischen Landtag die Schlussabstimmung über den Etat wiederholt werden soll, dessen Verabschiedung die Opposition vor Pfingsten durch Fernbleiben bei der Abstimmung unmöglich machte. Sollte die Zahl der Abgeordneten der Regierungskoalition, die sämtlich erlucht worden sind, am Mittwoch vollständig zu erscheinen, nicht ausreichen, um die Beschlußfähigkeit zu sichern, falls die Opposition ihre Obstruktion fortsetzt, so daß die Schlussabstimmung wieder ergebnislos bleibe, dann würde, so meint die „Vossische Zeitung“, der Landtag sofort aufgelöst werden. Da dieser u. a. auf Beschluß eines a-s dem Ministerpräsidenten und den Präsidenten von Landtag und Staatsrat bestehenden Ausschusses aufgelöst werden kann, steht das Blatt in der Einladung an Dr. Dehaene eine drohende Geste des preussischen Regierungschefs, deren Wirkung er sicher zu sein glaube.

Das sozialdemokratische Finanzprogramm.

Abg. Berlin. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beschloß am Montag abend die Veröffentlichung ihrer vor mehreren Tagen von ihr ausgearbeiteten Richtlinien für Wirtschaft und Finanzen. In diesen Richtlinien werden die Pläne der Regierung Brünning abgelehnt, weil sie zu weiteren ungerechten Belastungen führen und das Wirtschaftsleben aufs neue mit Verminderung der Waffenkaufrat bedrohen müßten. Als seelische Wehe zur Lösung der finanziellen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten werden unter Ablehnung jeglicher Lohn- und Gehaltskürzungen vorgeschlagen: Allgemeiner Abbau der Preise durch Anwendung der Kartellverordnung, Überhebung der Rölle und Beilegung der Konsumereinsteuern, Schaffung neuer Arbeitsstellen und sofortige Ratifikation der vorliegenden Handelsverträge und Genier-Abkommens über den Zolltarif, durch Ermäßigung des Diskontsatzes der Reichsbank, Heranziehung von Auslandskrediten für den Kleinwohnungsbau und Finanzierung von Straßenbau, Post- und Fernsprechanlagen sowie durch beschleunigte Verabschiedung des Arbeitsbeschaffungsgesetzes.

Die sozialen Verpflichtungen des Reiches sollen unangetastet bleiben. Ersparnisse sollen an den Ausgaben für militärische Zwecke, für den auswärtigen Dienst, für hohe Entlohnungen und Gehälter und auf Anrechnung privaten Einkommens auf Ruhegehalt und Wartegelb gemacht werden. Dann noch notwendige neue Einnahmen sollen durch einen allgemeinen 10prozentigen Zuschlag zur Einkommensteuer auf die höheren Einkommen und Zantimen, nur wenn es unvermeidbar ist, auch durch Veranziehung derjenigen Volksschichten aufgebracht werden, die nicht der Gefahr der Erwerbslosigkeit ausgesetzt sind. Für die Gemeinden wird eine Schanksteuer vorgeschlagen, die Bürgerabgabe abgelehnt.

Zum Zwischenfall in Rosenberg.

Zu den polnischen Blättermeldungen wird über den Zwischenfall in Rosenberg von deutscher zutändiger Seite u. a. mitgeteilt: Nach Beendigung einer polnischen Theatervorstellung, die ohne jeglichen Zwischenfall verlief, hatten sich Mitglieder des polnischen Ensembles gemeinsam mit in Rosenberg anwesenden Polen in einem Restaurant am Ring zum Abendessen versammelt, wobei auch zum Tanze aufgepielt wurde und polnische Lieder gesungen wurden. Darauf sammelten sich fünfzehn bis zwanzig junge Leute vor dem Gasthaus an und stimmten angeblich das Lied an „Siegreich woll'n wir Polen schlagen“. Außerdem wurde ein kleiner Stein durch das offene Fenster geworfen, er fiel in der Nähe des Generalkonsuls Rathomms zur Erde. Als sich die Schauspieler zu dem am 10 Uhr 30 abends von Rosenberg nach Rattowitz abgehenden Zug auf den Bahnhof begaben, wurden sie von einer Anzahl junger Burichen begleitet, die lediglich johlten und pöbeln. Zu weiteren Belästigungen der Polen ist es, soweit bisher bekannt geworden ist, nicht gekommen. Am Bahnhof hatte sich der Landrat des Kreises Rosenberg selbst eingefunden, um nach dem Rechten zu sehen. Unmittelbar nach der Abfahrt des Zuges war auch das Oppliner Ueberfallkommando trotz der beträchtlichen Entfernung von Oppeln nach Rosenberg an Ort und Stelle, es brauchte nicht mehr einzugreifen. Nach deutscher Ansicht handelt es sich lediglich um Müßeliten unverantwortlicher junger Burichen, gegen die von deutscher Seite mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln eingegriffen wurde.

Büdo Salonwachs

für den Fussboden

Das Werden um Dietrich.

Berlin, 24. Juni.

Wenn der preussische Finanzminister Koepfer-Koch nicht noch nicht definitiv das Reichsfinanzministerium abgelehnt hat, so müssen schon die Forderungen, die er stellt, den Reichskanzler zwingen, auf seine Ernennung zu verzichten und weiter um ihn zu werben. Ohne zu diesem Kandidaten das letzte Wort gesprochen zu haben, wandte sich Brüning an Dr. Dietrich, der bisher Minister in vielen Sattel war. Nun dürfte wenig bekannt sein, daß aber gerade Dr. Dietrich wenig gefallen an den Vorlesungen Rolbenhauers setzte und regelmäßig sich in der Opposition gegen den Finanzminister befand. Dennoch wäre es nicht ausgeschlossen, daß er sich trotz Warnung seiner Partei für den Posten des Finanzministers zur Verfügung stellt, wenn ihm konsolidiert wird, daß er ein zum größten Teil neues Finanzprogramm aufstellen darf, das sich mehr den Wünschen der Regierungsparteien anpaßt. Dr. Dietrich hat deshalb heute mit verschiedenen führenden Abgeordneten Aussprache gehalten, ohne sich indessen ein wirkliches Bild über die Wünsche der Regierungsparteien machen zu können. Die Parteien sind sich, was festgelegt werden muß, über ihre Sanierungsforderungen selbst nicht im Klaren und widersprechen sich. So geben die Forderungen der Wirtschaftspartei den Forderungen der Volkspartei direkt konträr. Brüning hat sich dazu noch immer nicht entschließen können, dem kommenden Finanzminister freie Hand zu lassen. Das Zentrum ist heute eigentlich die einzige Partei, die hinter den Sanierungsvorlägen steht. Und zwar gewinnt man diesen Eindruck auch nur, weil die Partei noch nicht offiziell Stellung genommen hat. Wahrscheinlich ist, daß jene Stimmen im Zentrum recht haben, die behaupten, auch das Zentrum könne nicht schuldlos für die Sanierungsvorlägen eintreten. Die Sozialdemokraten würden, selbst wenn Dietrich mit neuen Gedanken käme, weiter in Opposition bleiben. Sie rechnen, da das von ihnen ausgearbeitete Programm für die anderen Parteien zunächst untragbar ist, daß die Sanierung unmöglich sein wird und — wenn auch mit einer Verzögerung der Rücktritt der Gesamtregierung oder die Auflösung des Reichstags kommen müsse.

Die tatsächlichen Wahlen spielten gestern in allen Erörterungen im Reichstage eine große Rolle. Das Ergebnis hat in den Mittelparteien arg verstört und obwohl man erkennt, daß es ratsam wäre, um größere Schwierigkeiten im Reich zu vermeiden, der Regierung eine Basis zu schaffen, zweifelt man doch daran, daß bei der Unsicherheit der Regierungsparteien selbst, sich eine gangbare Linie für die Finanzpolitik ergeben könnte. Es ist angestrebt worden, daß sich die Regierungsparteien einmal zusammensetzen und ein Programm ausarbeiten sollten. Aber bisher ist diese Besprechung nicht gelungen. In der Volkspartei ist bereits ein Finanzprogramm ausgearbeitet. Die Demokraten haben davon abgesehen, die Wirtschaftspartei hat der Regierung ihre Ansichten bereits mitgeteilt, ohne sich auf ein Programm zu verstehen. Das volksparteiliche, umfangreiche Programm müßte also zunächst Unterlage aller Verhandlungen sein. Da es aber völlig von den bisherigen Verhandlungen abweicht und diese gar nicht diskutieren will, so ist es verständlich, wenn man nicht einmal den Anfang zu einer Aussprache findet. Im übrigen zeigt sich eine starke Resignation. Man will dem Reichskanzler ruhig die Lösung der Krise überlassen und glaubt, daß er, wenn er auch bei Dr. Dietrich vergeblich anklopfen sollte, sich nicht scheuen werde, das Finanzministerium selbst zu übernehmen.

Wichtige Wirtschaftserkenntnisse!

D. Volker, Dresden.

In dem amtlichen Kommuniqué, das die Reichsregierung über die am Freitag, den 18. Juni, stattgefundene Kabinettsitzung, die sich mit dem Gesamtproblem der künftigen Wirtschafts- und Finanzpolitik befaßte, herausgegeben hat, befinden sich folgende Ausführungen:

Durchgreifend überwunden werden können jedoch die Schwierigkeiten nur dann, wenn es gelingt, alle Produktionskosten und Preise herabzusetzen und so zu einem generell niedrigeren Preisniveau zu gelangen. Bei dieser Politik ist die Reichsregierung auf die Einsicht und die tätige Mithilfe der Beteiligten angewiesen. Sie wird folglich Vorschläge ihrer eigenen Hilfe nicht versagen, wie sie es durch die Verbindlichkeitsklärung für die Gruppe Nordwest der Eisen- und Stahlindustrie bewiesen hat. Nur auf diesem Wege wird es möglich sein, zu Produktionsbedingungen zu kommen, die zu einer dauernden Verbesserung des Arbeitsmarktes die Grundlage legen können.

Die Reichsregierung stellt sich also ausdrücklich hinter die von der Eisenindustrie eingeleitete und auf breiter Grundlage fortzuführende Lohn- und Preislenkungsaktion. Trotzdem der Deutsche Metallarbeiter-Verband in seiner offiziellen Veröffentlichung die Eisenpreislenkung (Stahleisen) auf M. 270 pro Tonne bei 7 1/2 Prozent Lohnminderung errechnet, ist die Preisreduktion der Werke, wie bereits bekannt, wesentlich darüber hinaus gegangen. Für die Senkung der Produktionskosten auf ganzer Linie ist nun auch die Senkung der öffentlichen Lasten ein Hauptanforderungsziel. Soll der ganzen Nation ein nachhaltiger Erfolg beschieden sein, Industrie- und Handelskammern Rheinland-Westfalens haben in einer weiteren Verlautbarung hervor, daß auch in allen anderen Produktionszweigen Vereinbarungen begonnener Wirtschaftserleichterung Platz greifen müssen, damit der Gesundungsprozess nicht im Anfang stecken bleibe, sondern Sache der Nation werde. An die Stelle ständiger Steuererhöhungen muß nun eine systematische Finanzpolitik der Ausgabenlenkungen und Steuerentlastungen treten. Was der Wirtschaft recht ist, muß dem Reiche billig sein.

Seydewitz führte in Kiel aus: Verbilligung der Produktion und Erhöhung der Kaufkraft der Massen ist unser Ziel, und in Dortmund sagte er: „Es kommt nicht darauf an, daß der Staat möglichst viel Geld aus der Wirtschaft herauszieht und dieses Geld in Form von Wohlfahrtsmitteln aller Art wieder verteilt. Die Hauptsache ist, daß die Betriebe an sich lebensfähig bleiben und damit ihrer sozialen Funktion nämlich der Beschäftigung aller Arbeitskräfte, gerecht werden können.“

Die am 18. Juni in Bremen stattgefundene Jahresagung des Reichsbundes des Textilhandels hat eine bemerkenswerte Entschiedenheit gezeigt, in der es u. a. wie folgt heißt:

Der Reichsbund des Textilhandels billigt es, daß zur Wiederanfertigung der Wirtschaft eine allgemeine Senkung der Preise erzwungen wird, und ist bereit, solche Bestimmungen nach seinen Kräften zu unterstützen. Dieses Ziel kann aber nur in Verbindung mit einer grundsätzlichen Umstellung der deutschen Wirtschafts-, Sozial- und Finanzpolitik erreicht werden, die zu einer Senkung der Produktionskosten führt. Es muß die Bestimmung der Löhne dem Einfluß politischer Faktoren entzogen und wieder dem organischen Auslaß von Angebot und Nachfrage überlassen werden. ... Darüber hinaus sind alle Ausgaben in Reich, Ländern und Gemeinden unter Verzicht auf noch so berechtigende Wünsche bis zur äußersten Grenze des Möglichen abzubauen.“

Im Verlauf der Tagung des freigezwecklichen Bergbauindustriellerverbandes in Bochum vom 17. Juni dieses Jahres teilte der Verbandsvorsitzende, der bekannte Bergarbeiterführer Dufemann mit, daß die Geschäftsführung der Bergbauindustrie ihre Angelegenheiten gebieten habe, auf 10 Prozent ihres Gehalts zu verzichten; man erwarte, daß diesem Wunsch von allen Angehörigen entsprochen werde. Dufemann empfahl auch den Beamten seines Arbeiterverbandes, freiwillig einen Vorschlag ähnlicher Art zu machen, indem sie auf einen Teil ihres Gehalts verzichten. Die Ausführungen des Bergbauindustriellerverbandes Dufemann beweisen, daß man auch in freigezwecklichen Kreisen sich praktisch der von der Wirtschaft eingeleiteten Aktion anschließen beginnt und damit anerkennt, daß nur eine auf breiterer Grundlage vorgelegene Lohn- und Preislenkungsaktion den erstrebten Erfolg einer Belebung der Wirtschaft und eine Verminderung der Arbeitslosigkeit zeitigen kann.

Politische Tagesübersicht.

Gemeinschaftsarbeit zwischen Bremen und Bremen. Im Breussischen Staatsrat wurde das Gesetz über den Abschluß eines Staatsvertrages über eine Gemeinschaftsarbeit zwischen Bremen und Bremen angenommen. In diesem Abkommen sind Bremen und Bremen und Oldenburg beteiligt. Es soll eine Regierung eintreten, als ob Landesgrenzen nicht vorhanden wären. Das wichtigste Abkommen betrifft den Beitritt Bremens zu dem Hochseefischerei-Abkommen zwischen Bremen und Hamburg und über den Betrieb der Fischereimärkte und Fischereiböden im Nordseegebiet. Vorgegeben ist auch die Bildung einer Fischereiböden-Gemeinschaft zwischen Bremerhaven und Wesermünde.

Denkschrift des Hausbesitzes zum Aufwertungsproblem 1932. Der Zentralverband deutscher Haus- und Grundbesitzervereine hat seinen der Öffentlichkeit eine umfangreiche Denkschrift zum Aufwertungsproblem 1932 übergeben. Sie behandelt die Abklärung der Aufwertungsprobleme sehr eingehend und legt die Ansichten und Forderungen des Hausbesitzes zu dem von der Reichsregierung vorgelegten Entwurf eines Aufwertungsabkommens ausführlich dar. Die Denkschrift kann vom Zentralverband deutscher Haus- und Grundbesitzervereine, Berlin W 56, Moritzstraße 33, bezogen werden.

Die erste öffentliche Hauptversammlung der Walter Rathenau-Gesellschaft. Die wir erfahren, findet am 28. Juni im Gebäude des Reichswirtschaftsrates die erste öffentliche Hauptversammlung der Walter Rathenau-Gesellschaft statt. Es werden werden Reichsminister Dr. Brüning über „Erinnerungen an die gemeinsame Arbeit mit Walter Rathenau“ und der erste Träger des Walter Rathenau-Preises Hermann Stehr über „Das Innere und das Äußere des Lebens“. Vorstehende der Gesellschaft sind Fritz Andreas, Arnold Bredt und Edwin Redtsch. Ehrenpräsident der mit der Gesellschaft verbundenen Stiftung ist Reichspräsident von Hindenburg.

Die vaterländischen Verbände Bayerns gegen das Uniformverbot. Das Präsidium der Vereinigten Vaterländischen Verbände Bayerns hat bei der Staatsregierung Einspruch gegen die vom Innenminister veranlaßte Einschränkung der verfassungsmäßigen Freiheiten der nationalen Verbände durch das Uniformverbot erhoben, das, wie es in der Eingabe heißt, einem Verbot gleichkomme und für das keine sachliche Begründung vorliege. Der frühere italienische Minister Ghisla gestorben. In Wien bei Bernon ist am Sonntag der ehemalige italienische Minister Ghisla gestorben. Ghisla war einer der begehrtesten Anhänger Frankreichs während des Krieges. Ghisla war ein großer Feind des Faschismus. Als Ghisla in der Kammer Muskolini für das Verschwinden Matteottis verantwortlich machte, wurde er aus Italien ausgewiesen.

Anträge im Reichstage.

Obz. Im Reichstage haben die Sozialdemokraten einen Antrag eingebracht, das Gesetz über die Vermählung von Inlandsweibern sofort aufzuheben.

Die landwirtschaftlichen Vertreter der bürgerlichen Parteien erließen in einem Antrag die Reichsregierung, umgeben einen Gesetzentwurf vorzulegen, der bestimmt, daß das Reich berechtigt ist einen Teil der Zuschüsse an die Arbeitslosenversicherer in Ostpreußen auf Roggenbrot, Kartoffeln und Milch auszulagern.

Die landwirtschaftlichen Vertreter aller bürgerlichen Parteien fordern die Vorlage eines Gesetzentwurfs, der bestimmt, daß alle Anhalten und Unternehmungen des Staats, einschließlich Reichswehr und Marine, der Länder und Gemeinden verpflichtet werden, ihren Bedarf an Getreide, Mehlprodukten, Hülsenfrüchten, Kartoffeln, Fleisch, Milch- und Molkereiprodukten, Gemüse, Obst und Wein durch inländische Erzeugnisse zu decken.

Die Deutsche Bauernpartei, die Christliche Bauernpartei, die Deutsche Bauernpartei, die Christliche Bauernpartei und die Deutsche Bauernpartei haben im Reichstag eine Interpellation eingebracht, in der darauf hingewiesen wird, daß sich die Steuererhöhungen in der heimischen Getreideerhebungen noch nicht in dem erforderlichen Ausmaß auswirken konnten. Die Entwicklung der agrarischen Weltmärkte, wie auch das steigende heimische Angebot verlangen, daß Maßnahmen seitens der Reichsregierung alle die Maßnahmen ergriffen werden, die erforderlich sind und auch möglich sind um die aus der derzeitigen gestörten Lage der Landwirtschaft zu verbessern. Zur Erreichung dieses Zieles sind insbesondere weitere innerwirtschaftliche, Zoll- und handelspolitische und kreditpolitische Maßnahmen unerlässlich. Als solche betrachten die Interpellanten die beschleunigte Verabschiedung eines Biotrogengesetzes, eines Milchgesetzes, eines Lagerbeinengesetzes, Verlängerung des Gesetzes über den Vermählungszwang von Inlandsweibern, eines Gesetzes, wonach die leitenden arbeitenden Gewerkschaften einen bestimmten Mindestlohn inländischen Fettes verarbeiten müssen, Beihilfungsantrag von Spiritus zu allen Treibstoffen, Maßnahmen zur Erzielung einer höheren Bezahlung der Arbeiterinnen, sowie Förderung des Absatzes von Zucker der Zuckerfabriken, sowie Verabschiedung des Weingesetzes, Ausdehnung des Branntweinsteuergesetzes auf alle Getränke mit über 15 Prozent Alkoholgehalt, Förderung der Technik des Tabakbaus, Propagierung des Roggenbrotens, Frachterleichterung für landwirtschaftliche Erzeugnisse und Produktionsmittel und Verbilligung der Viehtransporte.

Ferner fordern die Interpellanten Ablehnung der Genfer Abmachungen über einen Zollkrieg, baldigste Wiedererlangung der Autonomie in allen Fragen des agrarischen Schutzes, Lösung der Zollbindungen und Befreiung bestehender Zollfreiheiten für einige landwirtschaftliche Produkte und schließlich Maßnahmen auf dem Gebiete der Kreditpolitik, insbesondere eine Senkung der Zinsleistungen.

Der nächste Tag der Weltkraftkonferenz.

Berlin. Nachdem die Teilnehmer der Weltkraftkonferenz am Sonntag Gelegenheit zu Besichtigungen und Ausflügen in Berlin und seiner näheren und weiteren Umgebung nehmen konnten, war für den ersten Tag der zweiten Konferenzwoche wieder ein sehr umfangreiches Arbeits-

programm aufgestellt. Dampf- und Gasturbinen und Kolbenmaschinen bildeten den Gegenstand der Erörterungen, mit denen die Besichtigungen des Montags im großen Kroll-Saal unter dem Vorsitz von Professor Ing. Klemm, Tschollkowsky, durch den Generalbericht von Professor Dr. Hoff eröffnet wurden. Ueber die mit der technisch-wirtschaftlichen Ausnutzung von Wasserkraften zusammenhängenden Fragen sprach im Rahmen der von O. Sebore, Kanada, geleiteten Fachsitzung der Sektion 13 als Generalberichterstatter Professor Dr.-Ing. D. Thoma.

Großkraftpelung war das Motto einer der Nachmittagsitzungen, die in gewissem Sinne an die Verhandlungen der vorerwähnten Sektion 13 anknüpfte. Professor Dr. W. Wöhling, Schwela, führte den Vorsitz. Professor Dr.-Ing. R. Haas hatte den Generalbericht übernommen. Nicht weniger als 7 deutsche Autoren und ihre Mitarbeiter hatten sich zu einem erschöpfenden Bericht über die Wasserkraftpelung für Generalkraftpelung in Deutschland zusammengelunden, wo bis Ende dieses Jahres 12 Wundpumpwerke von 800000 KVA Leistung in Betrieb sein werden.

Die Verhandlungen über Erdung, Bliskung und gegenseitige Beeinflussung von Starkstrom- und Schwachstrom-Leitungen, die Professor Dr.-Ing. R. Rüdenberg durch seinen Generalbericht in der von Professor W. Wöhling, geleiteten Fachsitzung der Sektion 21 eröffnete, beschäftigten sich mit Fragen, die in vieler Hinsicht auch für die breitere Allgemeinheit unmittelbares Interesse haben.

9. Reichstreffen

des deutschnationalen Bismarckbundes.

Wotsdam. Das 9. Reichstreffen des Bismarckbundes der Deutschnationalen Volkspartei wurde Sonnabend abend mit einer Sonnenwendfeier im Wotsdamer Stadion eingeleitet. Reichsführer Siegfried-Gambura legte am Gefallenengedenktage der Stadt Wotsdam einen Kranz nieder und eröffnete die von etwa 3000 Jünglingen und Mädchen aus allen deutschen Gauen besuchte Tagung. Reichstagsabgeordneter Laberenz-Berlin ermahnte am lobenden Sonnenwendfeier die Bismarck-Jugend zur Einigkeit. Sportliche Wettkämpfe bildeten den Auftakt des Sonntags, dem am Nachmittag ein Gottesdienst in der Wotsdamer Garnisonkirche mit anschließendem Festmarsch durch die Stadt und Vorbeimarsch vor dem Reichsführer folgte. Unter den Ehrengästen befanden sich auch die Führer der deutsch-österreichischen und sudetendeutschen nationalen Jugendbewegung Dr. Stadler und Bis. Am Schluß des Tages fand in der Festhalle des Luftschiffhafens eine große vaterländische Kundgebung statt.

Starke Steuererhöhungen in Danzig

Danzig, 24. Juni.

Der Volkstag verabschiedete gestern in dritter Lesung die von der Regierung eingebrachten Steuererhöhungen, d. h. eine Erhöhung der Verbrauchsteuer für Spiritus um 100 Prozent, die Erhöhung der Einkommensteuer auf 11 Prozent und die Wiedereinführung der Lohnsummensteuer. Mit der Annahme dieser drei Steuererhöhungen, die zusammen dem Arbeitslosenlohn von der neuen Einkommensteuer eingebracht wurden, wird der Etat der Freien Stadt Danzig ausgeglichen.

Generalkrieg in Sevilla

Madrid, 24. Juni.

In Sevilla ist gestern der Generalkrieg proklamiert worden. Den unmittelbaren Anlaß soll das Gerücht gegeben haben, daß eine Landarbeiterin, die bei einem Zusammenstoß zwischen Streikenden und der Polizei verletzt worden ist, im Krankenhaus gestorben wäre. In den ersten Morgenstunden sammelten sich Truppen von Streikenden vor den Toren der Fabriken und Werkstätten, um Arbeitswillige am Betreten der Arbeitsstätte zu verhindern. In den Straßen des Zentrums wurden Mägel gestreut, um den Verkehr zu behindern. Der Straßenverkehr wurde eingestellt. Mehrere Wagen, die auszufahren suchten, wurden mit einem Steinbägel beschossen und mußten umkehren. Die Guardia Civil mußte mehrmals mit blanker Waffe vorgehen. Verschiedene Arbeiter wurden dabei verletzt. Zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen. Sämtliche Läden und Geschäftshäuser sind geschlossen. Die Polizeikräfte wurden, als sie eine Verammlung gestreuen wollten, angegriffen. Es kam zu einem lebhaften Kugelmwechsel, wobei zwei Kinder verwundet wurden. Die Stadt er aus der Umgegend von Sevilla, die Brot in die Stadt brachten, wurden von den Streikenden abgefaßt. Am Nachmittag war die Ruhe wieder hergestellt. Die Behörden haben Maßnahmen getroffen, um die Versorgung der Bevölkerung mit Brot zu sichern. Der Polizeigouverneur hat den Straßenverkehr wieder aufnehmen lassen. Den Wagen wurden polizeiliche Schutzzonen beigegeben. Eine Anzahl Streikender wurden verhaftet. Die meisten Streikführer sollen geflüchtet sein.

Neuer Kampf um Buchs Erbe.

Die Stadt Berlin will vorgehen.

tu. Berlin. Innerhalb der Verwaltung Berlins, namentlich aber in Kreisen der Stadtverordneten kamden gegenwärtig Erwägungen, nunmehr gegen die Erben Buchs vorzugehen und von ihnen eine Herausgabe der Beträge zu fordern, die Buch als Bestattungssummen empfangen hat. Soweit aus den Untersuchungen des Landtagsausschusses bisher schon hervorgegangen ist, hatte Buch in drei Fällen Erbschaften in Höhe von über 500 000 Mark erhalten. In Stadtverordnetenkreisen ist man jedoch der Ansicht, daß sich diese Beträge bei der weiteren Untersuchung der Grundstücksangelegenheiten wachselnlich um das Mehrfache erhöhen werden. Um einen Anreiz auf das den Erben Buchs angefallene Vermögen zu können, muß die Stadt Berlin allerdings den Nachweis erbringen, daß der Verstorbene unerlaubte Verfügungen erhalten hat.

Kraftwagen mit 35 Personen verunglückt.

tu. Königsberg (Lauenburg). Am Sonntag ereignete sich an der Kreuzung der Feldstraße und der nach Burg abweigenden Chaussee ein schweres Kraftwagenunglück. Der Führer eines mit 35 Personen besetzten Kraftautos, das vom Feldherrenpark auf der Heimfahrt nach Frankfurt war, verlor offenbar infolge Verlassens der Bremsvorrichtung in einer Kurve die Gewalt über den Wagen. Dieser geriet an einen Abhang und überschlug sich. Durch die Stoßdränge einer Telephonleitung wurde jedoch ein völliges Ueberdrehen des Wagens verhindert. Von den Insassen wurden etwa 20 verletzt, davon 5 so schwer, daß sie ins Königsberger Krankenhaus gebracht werden mußten.

5000 Meter: Zimmermann Polizei Nies, Pröbgen DSG.
 Angelhaken: Wolf DSG., Neumann Goldig, Meibis Polizei Nies, Rebner DSG.
 Speerwerfen: Michaels Polizei Nies, Rebner DSG., Böhl Polizei Nies.
 Diskuswerfen: Michaels, Klaus, Berndt, sämtlich Polizei Nies.
 Hammerwerfen: Klaus, Ulrich, Brunner, sämtlich Polizei Nies.
 Weisprung: Härtwig DSG., Keller Polizei Nies, Rebner DSG.
 Hochsprung: Krebe RSB., Michaels Polizei Nies, Rebner DSG.
 4x100 Meter-Staffel: Polizei Nies, DSG.
 4x400 Meter-Staffel: DSG.
 Am 8. August wird der Döbelner SC. die beiden Meisten Sportklubs RSB. und Polizei zu einem Leichtathletik-Kampfe empfangen.

Chemnitz im Licht.

Die Turner führen während des Landesturnfestes der Sächsischen Turnerschaft in Chemnitz zwei Fadelzüge durch. Am Mittwoch, den 9. Juli, sieht die Turnerschaft im Fadelzug vom Festplatz nach dem Innern der Stadt. Froher Sang, Klampfen- und Weigenklang werden dem Aufmarsch der Turner ein anderes Gepräge geben, als es Chemnitz durch andere Aufmärsche gewöhnt ist. Am Freitagabend folgt dann im Anschluss an die Ferkunde auf dem Festgelände der große Fadelzug, ebenfalls vom Festplatz nach dem Stadtinnern. 10.000 Fadeln werden wie ein Lichtband durch die Straßen leuchten. Firmen haben sich bereit erklärt, ihre Lichterflamme einzuschalten. Die Einwohnerzahl illuminiert die Häuser der Stadt. Nach dem Turnerspruch "Großes Wert geleistet nur durch Einigkeit" wird die Industriestadt ein Lichtgewand erhalten.

Das Finanzprogramm Dietrichs.

Was wird die Volkspartei tun?

Berlin. (Funkpruch.) In politischen Kreisen hört man, daß die Verhandlungen zwischen dem Kanzler und Reichsminister Dietrich und die Vormittags-Sitzung des Reichstages die Lage immerhin schon soweit geklärt haben, daß mit der Uebernahme des Reichsfinanzministeriums durch den Minister Dietrich zu rechnen ist. Es ist wahrscheinlich, daß die demokratische Reichstagsfraktion sich damit begnügt, in einer Erklärung zu betonen, daß Herr Dietrich das Amt für seine Person übernimmt, ohne die Fraktion dadurch zu binden. Im Reichstag spricht man davon, daß das Notopfer in seiner bisherigen Form nicht mehr in Frage komme. Von den Beamten solle zwar ein Notopfer erhoben werden, aber auch nur in einer Staffelung nach der Höhe des Einkommens. Dazu soll dann für die übrigen Kreise ein proportionaler Zuschlag zur Einkommensteuer treten, das ist also 1 Prozent des steuerpflichtigen Einkommens. Die Vermögenssteuer bleibt. Außerdem ventiliert man den Gedanken einer Vermögenssteuer, wie sie in anderen Ländern ja schon bereits seit langem besteht; sie würde sich auf einen Zuschlag auf das Ertröden, was in Restaurants usw. verkauft wird. Vor allem aber besteht die Absicht, sehr starke Erhöhungen am Etat vorzunehmen, um damit schon das Defizit zu vermindern. Die Frage ist nun die, wie sich die Deutsche Volkspartei zu diesen Vorschlägen stellen wird. Zwischen dem Führer der Deutschen Volkspartei Dr. Schulz und dem Reichskanzler Dr. Brüning hat heute mittag die vorgesehene Besprechung stattgefunden. Eine Entscheidung ist aber nicht eher zu erwarten, als das Kabinett mit seinen Beschlüssen an die Öffentlichkeit tritt, die für den späten Abend angekündigt sind. In Kreisen der Deutschen Volkspartei glaubt man vorläufig noch nicht, daß die Fraktion die neuen Steuervorschläge annehmen wird, weil sie sich von vornherein gegen eine Erhöhung der direkten Steuern ausgesprochen hat.

Aufträge der Post.

Bedingungen:

Preisabgaben und Einstellung von Arbeitern.

Berlin. Die Deutsche Reichspost will im Rahmen der Notgesetze demnächst umfangreiche Bestellungen über das etatsmäßig vorgesehene Programm hinaus an die infrage kommenden Industriezweige erteilen. Laut Berliner Börsen-Courier sind die Verhandlungen inzwischen soweit gediehen, daß sich der Verwaltungsrat der Reichspost bereits in einer Sitzung am kommenden Freitag mit der Angelegenheit beschäftigen wird.

Von besonderem Interesse ist dabei die Tatsache, daß der Reichspostminister für die Auftragserteilung gewisse Bedingungen an die Elektrizitätswirtschaft, Telephon-, Telegraphen-, Kabel-, Wagon-, Kraftfahrzeug- und Bauindustrie gestellt hat. Im Rahmen der Lohn- und Preislenkungsaktion sollen sich die Lieferfirmen einmal dazu bereit erklären, einen Preisnachschlag im Ausmaß von durchschnittlich 10 Prozent vorzunehmen. Ferner sollen sie sich verpflichten, auf Grund der Sonderbestellungen Arbeiter einzustellen. Denn es sei in erster Linie Sinn und Zweck des Notprogramms, die Arbeitslosigkeit zu mildern.

Verkehrsausschuß des Reichstages.

Berlin. Im Verkehrsausschuß des Reichstages wurde eine Entschließung angenommen, nach der die Reichsregierung ersucht wird, dem Reichstag eine Verordnung vorzulegen, durch welche die Befahrung der Straßen durch schwere Kraftwagen beschränkt eingeschränkt wird, daß die befahrenden Befahren für die Wegebaupflichtigen und die Hausbesitzer vermieden werden.

Ferner wird die Reichsregierung in dieser Entschließung um Vorlegung eines Beschlusses über eine neue Art der Regelung des Umlages der durch Kraftwagen verursachten Schäden ersucht.

Die Unruhen in Sevilla.

Madrid. (Funkpruch.) Nach hier vorliegenden Meldungen aus Sevilla nimmt der Generalkrieg ein revolutionäres Charakter an. Auto- und Pferdewagen sowie die meisten Straßenbahnen verkehren nicht. Mehrere Straßenbahnführer sind von der Menge angegriffen worden und wurden übel zugerichtet. Zwei Motorradfahrer wurden in einer der Hauptstraßen mit großer Schnelligkeit an einer Polizeistreife vorbei und feuerten mehrere Revolverkugeln auf die Beamten ab. In den Vororten von Sevilla ist die Straßenbeleuchtung zum Teil zerstört worden. Bis her sollen insgesamt über 100 Personen verhaftet worden sein. Der Bürgermeister von Sevilla erklärte, daß die Brotversorgung von Sevilla dank der Unterstützung der umliegenden Dörfer gesichert ist.

Beratung des Haushalts des Reichsernährungsministers

Berlin, 24. Juni. In der Dienstagssitzung des Reichstages wurde ohne Aussprache zunächst ein Antrag zur Denkschrift des Rechnungshofes dem Haushaltsausschuß überwiesen.

Dann wird die zweite Beratung des Haushalts des Reichsernährungsministers fortgesetzt.

Hg. Freyde (Wirtschaftsp.) betont, die letzten sozialpolitischen Maßnahmen hätten bisher noch keine positiven Wirkungen gehabt. Es müsse also nach anderen Mitteln gesucht werden, um den Abgang der landwirtschaftlichen Produkte zu fördern. Wir müssen das Problem der Befehung stellen anlassen und müssen endlich einmal ganz energisch Stellung nehmen gegen das Subsidat und Konjunktur mit seiner eigenen Freipolitik die für das Gewerbe und auch für die Landwirtschaft die Befehungskosten so steigert, daß eine Rentabilität ausgeschlossen ist. Die Industrie hat immer nur den Export im Auge gehabt, und den Inlandmarkt nicht pfleglich behandelt. Die Rohstoffpreise in Deutschland müssen nun endlich abgebaut werden. Höchst bedenklich ist auch die Ueberpannung der Zinskäufe seitens unserer deutschen Großbanken. In der Sozialpolitik für landwirtschaftliche Produkte werden wir von dem System der Reichsanleihe abkommen müssen. Zur Förderung des Roggenabfahes beantragen wir, daß den Erwerbslosen ein Teil ihrer Unterstützung in Form von Roggenbrotzuschüssen gegeben wird. Wir begründen es, daß die Verarbeitung deutscher Getreide bei der Margarinefabrikation durchgeföhrt werden soll. Es geht nicht an, daß dem deutschen Volk Bawernmargarine vorgeschickt wird, die in der Hauptsache aus demisch gereinigtem Fischtran besteht. Bei den Stützungsmaßnahmen für die Landwirtschaft darf der private Handel nicht ausgeschaltet werden. Wir wenden uns gegen die Subventionierung und Bevorzugung der Genossenschaften. Die Genossenschaften wirtschaften nicht billiger als der Zwischenhandel. Wir erklären uns immer wieder bereit, an einer wirklich objektiven Feststellung der Preispanne mitzuarbeiten. Der deutsche Osten ist in den letzten 10 Jahren immer dem Westen gegenüber benachteiligt worden. Wir leben in dem Döhlengesetz einen ersten Schritt zur Lösung des Ostproblems, das zu einem gesamtdeutschen Problem geworden ist. Mit sozialpolitischen Maßnahmen allein kann nicht geholfen werden. Wir müssen endlich herunter von dem ungeheuren Lastendruck, den unser verarmtes Volk auf die Dauer nicht tragen kann.

Hg. Rade (Soz.) weist auf die ungeheure Not des deutschen Ostens hin. Die Sozialdemokratie wolle dem kleinen Landwirt im Osten helfen, sie wende sich aber dagegen, daß die Döhlhilfe zu einer Subventionspolitik zugunsten der Großgrundbesitzer gemacht wird. Die Not des Ostens ist in erster Linie eine Not der Arbeiter, der Kleinbauern, des Handwerks und Gewerbes und der Gemeinden.

Hg. Freiherr von Rheinbaben (Dsp.) bekräftigt das Döhlgesetz. Die Not des Ostens sei nicht nur eine Not der Landwirtschaft, sondern auch der Industrie, des Gewerbes und der Gemeinden. In den notleidenden Gebieten des Ostens sollte man überhaupt von der Eingliederung der Industrie absehen. Durch eine Reform der Industriebelastung müßte der oberösterreichischen Rohstoffwirtschaft ein Ausgleich gewährt werden für die Schädigungen, die ihr beim Inkaufkommen des deutsch-polnischen Handelsvertrages durch die Konkurrenz der polnischen Rohle erwachsen werden. Die allgemeine Finanznot beschränkt leider das Maß der Hilfe, das wir leisten können. In Schließen versteht es kein Mensch, daß nicht ganz Schließen in das Verteilungsgebiet des Gesetzes einbezogen worden ist. Es kommt bei der Döhlhilfe nicht allein auf die Geldmittel an, sondern auf die Art, in der die Verwaltung den Kampf um die Aufrechterhaltung des Döhlgesetzes führt. Die unbedingte Voraussetzung für die Döhlhilfe ist die Sanierung der Reichsfinanzen. Dieses Junktum ist ganz natürlich gewesen. Ohne Youngplan wären uns auch noch die 700 Millionen fehlen, die wir für die Döhlhilfe brauchen. Auf der Konferenz der Landesparlamentarier hat am nachrücklichsten der sozialdemokratische Landesparlamentarier der Grenzmark Posen-Westpreußen darauf hingewiesen, daß die Hauptursache der Döhlnot in der unmöglichkeit der Grenzabhebung liegt. Wenn wir auf eine gerechtere internationale Grenzabhebung hoffen, so haben wir doch zunächst die Aufgabe aus eigener Kraft unseren Landeuten im Osten zu helfen.

Hg. Rönneburg (Demokrat) bekräftigt es, daß das Döhlgesetz von der Regierung ausdrücklich als Fortsetzung des Dietrichschen Ostpreußengesetzes bezeichnet worden ist. Wir werden im Ausschuss positiv an der Vorlage mitarbeiten. Die Lage in Ostpreußen ist ernst, aber nicht hoffnungslos. Der abertriebene Pessimismus und die Bankrotterklärungen schaden nur, denn sie erschweren uns den Kredit. Die Notlage ist nicht einseitig.

(Die Sitzung dauert noch an.)

*Fach ist ein in unvollständigen Sinne
 Alles einen gegebenen Zeitpunkt
 notwendig für die Erfüllung der Aufgabe
 fast unvollständigen Sinne
 hat jedoch von dem in unvollständigen Sinne
 allgemein gesprochen*

Eßt mehr Roggenbrot!

Diese Mahnung spricht aus der obigen Meinungsäußerung des Reichspräsidenten. Roggenbrot ist weit aus gesünder und billiger als Weizen, für dessen Einkauf Deutschland jährlich 500-750 Millionen Mark aus Ausland zahlt. Eßt mehr Roggenbrot - und ihr nützt eurer Gesundheit, euerm Geldbeutel und euerm Vaterlande!

Die heutige Kabinettsitzung.

Berlin. (Funkpruch.) Wie wir erfahren, hat das Reichskabinett seine Beratungen noch nicht zu Ende führen können, weil Brüning durch den Auswärtigen Ausschuss und Reichsernährungsminister Schiele durch den Reichstag in Anspruch genommen wurden. Es wird also im Laufe des Tages eine weitere Kabinettsitzung stattfinden. Beschlüsse werden auf alle Fälle geföhrt werden. Die Öffentlichkeit wird heute abend erfolgen.

Der Kampf der Sowjetunion gegen die Bauern.

• Kowno. Aus Moskau wird gemeldet, daß sich in letzter Zeit in der Republik Aserbeidschan der Kampf gegen die Bauern wieder erheblich verschärft hat. Eine amtliche Mitteilung besagt, daß die dortigen Bauern die neue Ernte bereits an Privatkaufleute abgeliefert und die staatlichen Unternehmungen leer ausgehen ließen. Die S.W.U. hat nun im Verein mit den anderen Sowjetbehörden beschlossen, diesen Getreideverkauf an Private zu bekämpfen. Es werden besondere Organe der W.P.K. und der S.W.U. gebildet, die die Bauern zur Ablieferung der Ernte an den Staat zwingen werden.

Streichungen am Etat des Auswärtigen Amtes.

Berlin. Der Haushaltsausschuß des Reichstages nahm am Dienstag eine Reihe erheblicher Streichungen an dem Etat des Auswärtigen Amtes vor. Zunächst wurden die drei neuen Botschafterstellen in Rio de Janeiro, Santiago und Buenos Aires gegen die Stimmen der Demokraten und der Deutschen Volkspartei gestrichen. Ein Antrag, auch den Botschafter beim Heiligen Stuhl zu streichen, wurde abgelehnt. Im Beschlussesplan des Auswärtigen Amtes wurden rund 2 1/2 Millionen Mark an Auslandszulagen gestrichen. Bei den gewöhnlichen Verwaltungsauslagen für die Vertretung des Reiches im Ausland wurden rund eine halbe Million Mark gestrichen.

Protesttelegramm gegen die

Ostafrika-Vorschläge der englischen Regierung.

Kairo. Die Konferenz der Anstödler aus Tanganika und Kenya sandte an den Staatssekretär für die Kolonien telegraphisch eine Erklärung, die die Empfehlungen des Reichshofes der Regierung über den Zusammenschluß der drei ostafrikanischen Gebiete und über die Eingeborenen-Politik in Ostafrika als unannehmbar bezeichnet. Die Erklärung wandte sich insbesondere gegen die politische und wirtschaftliche Gleichberechtigung der Eingeborenen.

Letzte Funkpruch-Meldungen und Telegramme

vom 24. Juni 1930.

Demokratische Bedenken gegen Dietrichs Programm.

Berlin. (Funkpruch.) Minister Dietrich hat heute sein Programm in seiner Fraktion dargelegt, in der laut Hoff. Zeits. Bedenken dagegen bestanden, sich im einzelnen auf diesen Plan festzusetzen.

Ein unbedarftes Gerücht.

Berlin. (Funkpruch.) Das Gerücht, daß die Auflösung des preussischen Landtags vorbereitet sei, zeigt die Obstruktion der Rechten und der Kommunisten. Die Regierungsparteien bezweigen, sie seien stark genug, um bei entscheidender Abstimmung alle Obstruktionserfolge zunichte zu machen.

Der Zwischenfall von Rosenberg.

Warschau. (Funkpruch.) Wie die Blätter erfahren, hat der polnische Generalkonul in Deuten, Malhomme, an den Oberpräsidenten Dr. Zulfalkel ein Schreiben gerichtet, in dem er unter Bezugnahme auf die berichteten Belästigungen von Mitgliedern des polnischen Ratowitzer Theaters anlässlich ihres Gastspieles in Rosenberg dagegen protestiert, daß den angegriffenen polnischen Künstlern kein ausreichender polizeilicher Schutz gewährt worden sei.

Weiße des Evangeliumswagens.

Hd. In Leipzig fand am Donnerstag eine eigenartige Feyer statt. Unter starker Anteilnahme der Christlich und kirchlich gesinnten Bevölkerung dieser schönen Stadt auf dem Berge hoch über der Freiburger Mulde wurde der Evangeliumswagen geweiht, den der Landesverein für innere Mission der evang.-luth. Kirche in Sachsen in Verbindung mit der Wühern-Vereinigung in Hamburg durch die Lande fahren läßt. Es ist ein Wagen, der genau so aussieht wie ein Bagger- oder Fahrmarktswagen, aber schmud vorgerichtet und innen mit viel Liebe ausgestattet, mit zwei tapferen Männern besetzt, die von Dorf zu Dorf fahren, etwa eine Woche lang in jedem Orte hieiden, dort Evangelisationsvorträge halten, die Kinder am Nachmittag und Erwachsene am Abend sammeln und oft auch in lebhafter Aussprache, ja unter starker Bedrohung ihren Mann stehen, wie sie es in anderen deutschen Ländern, besonders in Nachbarland Thüringen, schon getan und bewiesen haben.

Die Kirchengemeinde Leisnig hat nun „Vate“ gekunden bei der Weiße des ersten sächsischen Evangeliumswagens, dem sie auch so manche sinnige und brauchbare Gabe „eingebunden“ hat. In einem feierlichen Gottesdienste in der Kirche gab Superintendent Werner in seiner Predigt über Ruf. 14, 28, mit kräftigen Worten, die frisch aus dem Herzen kamen, all den Empfindungen Ausdruck, die sich in den Seelen regten oder trüben, selbst durchdrungen von der Bedeutung der Sache und von der Notwendigkeit, den Befehl Jesu auszuführen und im Dienste Jesu Christi hinauszu-fahren auf die Landstraße, nur aus Liebe und aus gar keinem anderen Beweggründe. Nach Worten der Begrüßung, die Stadtrat Müller im Auftrag der politischen Gemeinde und der Kirche sprach, gaben die Vertreter und Vertreterinnen der kirchlichen Vereine den Männern im Wagen feinsinnig ausgesuchte Abschlüsse mit auf den Weg.

Die eindrucksvolle Weiße des Wagens und die Abordnung der fahrenden Verkündiger des Evangeliums, der Volksmissionare Bihel, Eckardt und Kerschmar, die einander ablösen, vollzog dann, als ein feines Abendgold zu leuchten begann und ein kühler Hauch über die Köpfe strich, unter den Bäumen auf dem Kirchplatz im Auftrag des Landesvereins für innere Mission, Pfarrer Wendelstein, Dresden. Er holte, was in dem ersten Augenblicke zu be-fennen, zu wünschen und zu hoffen war, aus den beiden Bibelstellen Jer. 51, 50 und Jes. 66, 12 heraus. Trotzdem die Freudenker ein Sing- und Gehblatt hatten verteilen lassen, hatte sich eine zahlreiche Menschenmenge eingefunden, die still und andächtig die Feyer miterlebte und zuletzt aufhorchte, als der Wagenführer Bihel selbst, ein Arbeiter, zu reden begann und Zeugnis dafür ablegte, daß in keinem anderen als nur in Christus das Heil zu finden sei. Dann wurde der Wagen für die erste Fahrt fertig gemacht. Als er sich, von einem kräftigen Pferde gezogen, in Bewegung setzte, läuteten die Glocken. In Scharen begleiteten ihn Männer, Frauen und Kinder hinaus auf die Landstraße.

Geschäftliches.

Wer gut verband, hat mehr vom Leben; denn Sob-drennen, Ragendeschwerden usw., welche fast immer ihre Ursache in dem Uebermaß an Wagenfüre haben, wirken außerordentlich Nörend im Beruf und auf das Gemüt. Das bewährte Kaiser-Ratron ist milde im Geschmack und sehr bekömmlich. Kaiser-Ratron ist in Küche, Haushalt, auf Reisen, zur Gesundheits- und Körper-Hege usw. für jedermann unentbehrlich. Man beachte Anzeige in vorl. Tageblattnummer.

und ihre Ziele. Der Vorsitzende und einige andere Redner unterstrichen noch das vom Vizepräsidenten in so vorzüglicher Weise ausgeführte.

Das Reichsgesetz betreffend der Feuerbestattung bildete den Gegenstand eines Referats von Justizrat Marcus-Breslau, das der Berichterstatter ausföhrlich in den Ausdruck der Hoffnung, er werde trotz seiner vorgerückten Jahre noch die Regelung der Feuerbestattung durch Reichsgesetz erleben.

Den Vortragsbericht des Verbandes erstattete der Schatzmeister Stadtbaurat Bauer-Sonn. Ihm wurde unter Dankesworten Entlastung erteilt.

Nach einer kurzen Mittagspause erfolgte die Erledigung einer Reihe von inneren Verbandsangelegenheiten und Organisationsfragen sowie die Annahme von einigen Anträgen des Vorstandes u. a. m. Ein Festessen mit Damen bildete den Abschluß der arbeitsreichen Tagung.

Für Sonnabend waren die Besichtigungen des Dresdner Krematoriums und einige Vorträge mit Lichtbildern aus dem Munde erster Nachlese vorzulesen und endlich für Sonntag ein Ausflug nach Reichenberg auf Einladung der dortigen Stadtgemeinde.

Der Vorstand wurde in seiner bisherigen Zusammenfassung einstimmig wieder gewählt und als Tagungsort für die nächste Tagung 1932 Königsberg-Pr. bestimmt. D.S.

Deutscher Luftfahrttag.

Kassel, 23. Juni. Nach allerlei geselligen Veranstaltungen und Vorkundgebungen eröffnete gestern Staatsminister a. D. Dominicus die von etwa 200 Teilnehmern aus allen Teilen des Reiches besuchte Mittaliederverammlung des Deutschen Luftfahrttags mit der Verlesung von Telegrammen des Reichspräsidenten, der Minister von Brüder, Dr. Luther u. a. Er beehrte die Vertreter von Preußen, Bayern, Sachsen und Württemberg. Ministerialdirektor Brandenburg führte u. a. aus: Das Reichsverkehrsministerium habe bisher wegen der bestehenden Verbote aus dem Verfall der Verträge die Luftfahrt nicht so fördern können, wie es gemocht habe; auch in Zukunft sei das leider noch nicht möglich. Doch gebe die zükünftige Entwicklung des Kleinflugverkehrs die Hoffnung, daß dieser bald die bestehenden kleinen Zubringerlinien in einen privaten gewerksmäßigen Personen- und Güterverkehr umwandeln werde.

Bei der Eröffnung des Festes wurden die Gedanken Dominicus zunächst der vielen Toten des Jahres. Er fragte: Können wir die große Zahl von Opfern verantworten? Oder müssen wir nicht noch ärdrere Sorgfalt als bisher auf tadellose Lehrer, tadelloses Gerät und schärfere Sichtung des Fliegerausrüstungsgegenstandes verwenden?

Der DVV veranlaßt demnächst zum dritten Male einen Inverläßlichkeitsflug, verbunden mit dem Rheinlandsfreireiseflug, zu dem 75 Flugzeuge gemeldet haben, ferner den Flug um den Hindenburgpol und endlich Deutsche Luftspiele in ganz neuartiger Form.

Sum Ort der nächsten (25.) Tagung wurde Augsburg bestimmt.

Am Anschluß an die Mittaliederverammlung hielt Ministerialrat Dr. Biermann vom Preussischen Handelsministerium einen Vortrag über die Bedeutung der gewerblichen Berufsschulen für die Entwicklung des motorischen Fluges.

Der Nachmittag war äußerlich wertvollen Gleit- und Segelflugvorführungen auf dem Dörnberg gewidmet.

Gerichtssaal.

Wegen gewerksmäßiger Abtreibung verurteilt.

In geheimer Sitzung verhandelte am Montag das Schwurgericht Dresden unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Lehmann gegen die 40 Jahre alte Vertreterin des Frau Anna Giese verm. Haase geb. Kosla aus Pausa, die der gewerksmäßigen Abtreibung in 8 Fällen beschuldigt wurde. Nach dem Eröffnungsbescheid soll die Angeklagte im Febr. und März ds. J. an einer Tiefbauarbeiterbesetzung, einer Arbeiterin und landwirtschaftlichen Arbeiterin mit Erfolg verbotene Eingriffe unternommen haben. Das Gericht verurteilte die Angekl. nach Beweiserhebung wegen gewerksmäßiger Abtreibung zu 4 Mon. Gefängnis, wozu die seit dem 3. April erlittene Untersuchungshaft voll in Anrechnung kommt. In der Urteilsbegründung wurde gesagt, daß die Angeklagte aufgrund ihres eigenen Geständnisses zu verurteilen sei. Strafmildernd habe dabei gewirkt, daß die Angeklagte bisher völlig unbefragt und sie von den drei

Frauenpersonen zur Vornahme des Eingriffes aufgefordert worden war. Das Gericht sei aus diesem Grunde nur wenig über die vom Gesetz vorgesehene Mindeststrafe von 3 Monaten Gefängnis hinausgegangen. Da kein Hinüberdacht mehr vorlag, wurde die Angeklagte am Schluß der Verhandlung aus der Untersuchungshaft entlassen.

Ein tödlicher Verkehrsunfall in Nadebeul.

Ein äußerst bedauerlicher Verkehrsunfall trug sich am 20. März an der Straßenkreuzung Riesen-Alberstraße in Nadebeul zu. Dort kollidierten ein von dem 46 Jahre alten Autobändler Ernst Moritz Trepte aus Nadebeul geteuerter Mercedeskraftwagen und ein von dem 30 Jahre alten Fleischergesellen Paul Rudolf Berndt aus Dresden geführtes DAB-Motorrad so stark, daß das auf dem Sozius des Motorrades mitfahrende 21 Jahre alte Hausmädchen Wich aus Bittau heruntergeschleudert wurde, und dabei so schwere Verletzungen erlitt, daß sie kurz darauf verstarb. Auch der Führer des Kraftwagens wurde nicht unerschwerlich verletzt. Am Montag hatten sich nun Trepte und Berndt wegen schließlicher Föhung und Vergehens gegen die Bestimmungen der Kraftfahrgeetze vor dem Gemeinamen Schöffengericht Dresden, Trepte darüber hinaus auch wegen fahrerischer Körperverletzung, zu verantworten. Das Gericht sah nach sehr eingehender Beweiserhebung beide Fahrer für schuldig an und verurteilte Trepte zu 2 Monaten, Berndt zu 3 Monaten Gefängnis.

Ein Waffendiebstahl- und Hehlerei-Prozess

In vierwöchiger Verhandlung verhandelte das Gemeinamen Schöffengericht Zwickau gegen 23 Angeklagte wegen schweren Diebstahls, Urkundenfälschung, Betrugs und Hehlerei in über 100 Fällen. Die Hauptangeklagten wurden wegen Waffendiebstahls zu Zuchthausstrafen verurteilt, und zwar Altknecht zu 3 1/2 Jahren, Brückner zu 3 Jahren, König zu 2 Jahren und 8 Monaten, Schädlich zu 8 Monaten unter Anrechnung von je 6 1/2 Monaten Untersuchungshaft. Die übrigen Angeklagten erhielten bis auf vier, die freigesprochen wurden, Gefängnisstrafen von einer Woche bis zu einem Jahre.

Bermischtes.

In Badehofen erschossen. Gestern nachmittag machte ein Polizeibeamter am Spandauer Schiffhafen ein Badende darauf aufmerksam, daß an dieser Stelle das Baden verboten sei. Daraufhin wart das Publikum, das sich dort in Badehofen aufhielt, das Fahrrad des Beamten in den Kanal. Der Beamte wurde hinterdrück überfallen und gab auf einen seiner Angreifer einen Schuß ab, der so unglücklich traf, daß der Verletzte auf dem Transport zum Virchowkrankenhaus starb.

Der erste Wasserwerferwagen der Berliner Polizei. Das Berliner Polizeipräsidium hat den ersten „Wasserwerferwagen“ bekommen. Der Wagen ist mit einer Umlage versehen, die es ermöglicht, nach allen Seiten Wasser auf weite Entfernung zu schießen. Die Reichweite des Wasserstrahls beträgt etwa 50 Meter. Der Wagen ist so konstruiert, um ihn gegen Steinwürfe und Pistolenkugeln zu sichern. Der Wagen soll dem Zwecke dienen, auf harmlose aber wirkungsvolle Weise Demonstrationen zu zerstreuen. Nur Verhinderung eines tödlichen Angriffes aus der Nähe ist noch eine Vorrichtung angebracht worden, die es dem Wagen ermöglicht, aus zahlreichen Öffnungen um sich herum das Wasser auszusprengen.

Folgen der New Yorker Hitze. Etwa zwei Millionen Menschen besuchten Sonntag die Strandplätze der Umgebung New Yorks. Es ereigneten sich viele Verkehrsunfälle: bei Autosammlungen kamen 14 Menschen um, sehr viele wurden verletzt. Acht Personen erkrankten beim Baden in der See.

Automobilunglück. — 4 Tote. In Wscon (New Jersey) wurde ein Automobil von einem Schnellzug erfaßt. Die vier Insassen, darunter der Bürgermeister von Atlantic City, wurden getötet.

Absturz eines französischen Bombenflugzeuges. Bei Chartres stürzte gestern vormittag ein Bombenflugzeug ab. Der Offizier, der es steuerte, und ein Flugschüler wurden auf der Stelle getötet; der dritte Insasse, ein Sergeant, erlitt leichte Verletzungen.

Der holländische „Regenmacher“ kommt nach Berlin. Nach einer Meldung des „Telegraaf“ wurde der holländische Erfinder Vermaat, dem vor kurzem

die Erzeugung künstlichen Regens von einem Flugzeug aus gestattet ist und der deshalb in Holland den Beinamen „Der Regenmacher“ erhalten hat, im Namen mehrerer deutscher landwirtschaftlicher Organisationen eingeladen, sein Experiment in der Umgebung Berlins vorzuführen. Ferner wurde Vermaat aufgefordert, mehrere Vorlesungen in Berlin zu halten. Vermaat, der die Einladung angenommen hat, wird sein Experiment voraussichtlich im Juli bei Berlin vorführen.

Drum prüfe, wer sich ewig bindet... Vor dem Bürgermeister einer Ortschaft bei Coburg ereignete dieser Tage ein junges Paar in Begleitung von Trauzeugen, um sich handesamtlich trauen zu lassen. Der Ehelandtag beantwortete die ihm vom Standesbeamten vorgelegte entscheidende Frage mit einem schäferneren Ja, zur allgemeinen Ueberraschung beantwortete aber die Braut diese Frage mit einem energischen Nein. Sie erklärte, daß sie die beiden verlesenen Artikel über die Pflichten und Rechte des Ehemannes und der Ehefrau als viel zu rigoros ansehe und es vorziehe, ihre Freiheit zu behalten.

Bauer und Berbe von Dornissen gestötet. In Rißbüsch fuhr der Landwirt Gendula mit einem zweifelhigen Gespann auf Feld. Plötzlich wurde die Berbe von einem Dornissenschwarm überfallen. Als der Landwirt seine Berbe zu retten suchte, verletzten ihn die Dornissen soviel Stiche, daß er tot zu Boden stürzte. Auch die Berbe erlag nach wenigen Minuten den Stichen der Dornissen.

Unschicksal in Frankfurt am Main. Ein jektener Fall von Unschicksal ereignete sich in Frankfurt am Main. Unter dem Geleite einer Personemenge wurde, wie das „Mitt.-Abendblatt“ berichtet, ein Mann, der in einem Streite zwischen Burken angeblich ein Messer gezogen haben soll, gegenüber der Main-Insel von der Maimauer in den Main geworfen. Als es ihm gelang, mit zerschundenen Gliedern das Ufer wieder zu erreichen, wurde er von neuem von der jöhenden Menge in den Main geworfen. Der Unglückliche konnte sich nur dadurch retten, daß er zur Main-Insel schwamm.

Verzweiflungstat einer Mutter. Die Gattin des Amtsgerichtsrats Welzer und ihre beiden Kinder im Alter von 8 und 9 Jahren wurden gestern in der Nähe der Welzerischen Wohnung in Sonderhausen tot aufgefunden. Sämtliche Gasabnahme der Küche waren geöffnet. An der Tür war ein Zettel angebracht mit der Warnung, daß die Küche mit Gas angefüllt sei. Ueber die Beweggründe, die Frau Welzer zu der Verzweiflungstat veranlaßt haben, ist noch nichts bekannt.

Verhaftung eines Breslauer Bankiers. Wie der Polizeibericht mitteilt, hat die Kriminalpolizei den Inhaber des hiesigen Bankhauses Koch u. Co., den Kaufmann Erich Neugebauer, unter dem Verdacht verhaftet, Nachschußgeber in beträchtlicher Höhe unterschlagen zu haben. Neugebauer ist geständig, vermag aber über den Umfang der Veruntreuungen nichts Genaueres anzugeben. Er ist inzwischen dem Gerichte zugeführt worden, das Haftbefehl gegen ihn erließ.

Ein dreifach Betrogener. In welchem Maße noch immer auf den ostpreussischen Pferde- und Viehmärkten die Bauernsängerei betrieben wird, zeigt folgender Vorfal: Ein Arbeiter aus der Gegend von Grünheide (Tilsit) wollte am letzten Mittwoch auf dem Viehmarkt in Sillen eine gute Wirtschaft kaufen und hatte sich das erforderliche Geld von Hause mitgebracht. Auf dem Marktplatz machte ich an ihn ein Unbekannter heran und bat ihn, von einem bestimmten Händler, mit dem er angeblich selbst kein Geschäft abschließen könne, ein Pferd für 200 Mark zu kaufen. Für diese Gefälligkeit sollte der Arbeiter eine Provision von 20 Mark erhalten. Der Arbeiter, der das Geld zum Kauf der Kuh noch bei sich trug, kaufte das Pferd. Als er es seinem Auftraggeber abliefern wollte, verweigerte dieser die Abnahme, da das Pferd angeblich einen schweren Fehler habe, er rief ihm aber, es gegen ein anderes zu vertauschen, damit er es abnehmen könne. Als der Arbeiter den Tausch durchgeführt und noch 40 Mark zugesahlt hatte, waren die beiden Ganner, die zweifelhohne unter einer Decke steckten, im Gedränge verschwunden. Während der Betrogene nun ratlos mit dem unretwillig angekauften Pferd dastand, verbrach ein Dritter gegen eine Vermittlungsgebühr von 5 Mark den Verkauf des Pferdes zu tätigen, verschwand aber ebenfalls, nachdem er den Betrag erhalten hatte. Endlich gelang es dem dreifach Betrogenen, das für insgesamt 335 Mark angekaufte Pferd für 170 Mark wieder zu verkaufen. Von den Betrügern fehlt jede Spur.

Unterliefer mit dem mächtigen Bart tief herab zur Brust gefallen, und dazu dieses röhrende Atmen.

Wenn er nun starb — sie die Ursache seines Todes! Diese Angst jagte sie wieder auf. Sie lief zum Klingelzug und schellte Annemarie herbei.

Kallmann soll anspannen — sofort den Doktor holen! Er wird wohl noch oben sein, bei der Frau vom Maschinenisten Ebner. Der Herr ist erkrankt. — schwer erkrankt!

„Nun, Medizinmann, wie schaut's? Muß doch mal nach dir sehen.“

Gutgelaunt trat Bertsch bei Doktor Herling ein. Eine ungewohnte Heiterkeit strahlte ihm von den Wangen. Auch nun, wo er dem Arzt, der auf der Chaiselongue liegen blieb, fröhlich die Schultern rüttelte.

„Erhebe dich, du Schwacher Geist. Es lohnt sich. Ich habe dir eben im Hirtchen einen guten Tropfen fäls stellen lassen! Na — kann dich das auch nicht reizen?“

„Ne — meine Ruhe will ich haben.“

„Die hast du nun lange genug gehabt. Schon fünf Uhr nachmittags.“

„Hast du eine Ahnung! Vor zehn Minuten bin ich gerade erst nach Hause gekommen.“ Und Herling setzte sich nun auf der Chaiselongue aufrecht. „Ein netter Tag heute. Erst oben die Frau Ebner.“

„Ach richtig, ja.“ Bertschs Bäge wurden ernster.

„Wie sieht's denn?“

„Ein schwerer Fall. Bunge und Brustfell schönstens mitgibt. Ich hab' stundenlang Packungen mit ihr gemacht.“ Doktor Herling pußte sich mit dem Taschentuch bedächtlich die Brillengläser. „Na, aber ich denke, es wird noch mal werden.“

„Das freut mich für den Ebner. Ein zuberlässiger, ordentlicher Mensch.“

Der Doktor nickte und setzte sich die Brille wieder auf.

„Na schön, wie ich aber kaum aus dem Däffen raus bin mit der Frau, kommt ein Wagen angejagt, drinnen vom Wägen Hause.“

„Wie?“

Der Freund, der sich eben einen Stuhl heranzog, hielt inne. Mitten in der Bewegung.

„Ja — der Herr wäre erkrankt, schwer erkrankt.“ Bertschs Brauen zogen sich zusammen.

„Was lag denn vor?“

„Wie ich hinfam, hatten sie ihn schon ins Bett gepackt. Ein paar von seinen Leuten. Denn er selbst war unfähig, sich zu röhren. Böllig gelähmt, selbst die Bunge.“

„Doch nicht —?“

„Ja, ein Schlaganfall.“

„Schlaganfall? — Wie kam er denn dazu?“

„Jergeneine Aufregung. Vermutlich wohl eine Familienangelegenheit. Denn Fräulein von Grund verberg nur schlecht eine starke Erregung.“

„So —“

Bertsch wandte sich langsam ab. Die Hände auf dem Rücken zusammengesetzt, tat er ein paar Schritte ins Zimmer hinein, aus dem Licht fort. Dann aber blieb er stehen.

„Und wie geht's jetzt mit ihm?“

„Ich habe ihn wieder so weit. Natürlich noch immer sehr schwach. Ueberhaupt — ich sagte es auch seiner Nichte — er muß sehr geschont werden. Denn so etwas kann wiederkommen.“

„Im — gewiß.“

Und Gerhard Bertsch nahm seine Wanderung wieder auf. Die frohe Helle war von seinen Bängen gewichen.

„Ja — wie gesagt, es war ein recht angenehmer Sonntag. Kannst nun wohl verstehen, daß ich mich hier langgelegt habe für ein paar Minuten.“

„Vollkommen. Und du sollst auch weiter ausruhen. Tut mir leid, daß ich dich störte, aber ich hatte ja keine Ahnung. Also — bis nachher!“

„Über unsere gute Flasche?“

„Die laßt uns ja nicht weg.“

„Hast recht.“ Und der Doktor ließ sich gähmend von neuem auf sein Ruhelager fallen. Sich auf die Seite drehend, summte er den Vers des Koboldreimers durch die Lippen: „Acht jetzt, gut Nacht jetzt! Einst war ich nicht so brav, doch ehrtbar wandeln ist das best! — Ich geh' ins Bett und schlaf.“

„Nacht so.“

Mit einem stichtigen Lächeln nickte Bertsch noch einmal dem Freunde zu und ging. Draußen aber wurde seine Miene gleich wieder ernst.

So kam er nach Haus. Hier setzte er sich an den Schreibtisch und schrieb:

„Meine Liebe Ede!

Eben höre ich von Herling, was geschehen ist. Na maa nicht viel Worte machen. Das heat mit

nicht. Aber ich wünschte, ich könnte bei Dir sein. Dich in meine Arme nehmen!

Was soll nun werden? Kann ich Dich nicht sehen? Wenn auch nur auf ein paar Minuten. Wie es auch kommt, stets Dein

Gerhard.“

Er selber brachte den Brief zur Post.

Er erhielt keine Antwort von Er, auch am zweiten Tage noch nicht. Aber am dritten kam sie selber. Es war nichts Ungewöhnliches. Sie hatte ihn in Sachen des Frauenvereins schon wiederholt auf dem Werk ausfragen müssen. Doch wie sie heute in sein Bureau trat, blieb sie an der Tür stehen.

Bertsch, der sich schon erhoben hatte von seinem Arbeitstisch, sah sie betroffen an. Da lief sie plörschlich auf ihn zu. Fest warf sie ihm die Arme um den Hals.

„Nein — ich lasse dich nicht!“

Er verstand und drückte ihr Haupt an seine Schulter.

„Es war wohl schwer?“

Sie nickte nur stumm und schmiegte sich dicht an ihn.

„Liebe, du.“

Sanft drückte er seine Lippen auf ihr Haar. So hielt er sie eine Weile schweigend an seiner Brust, bis er ihren Herzschlag ruhig werden fühlte. Dann fragte er:

„Und nun?“

Sie machte sich langsam aus seinem Arm frei. Klar blühten ihn ihre Augen an.

„Es hilft nichts, wir müssen warten.“

„Wie lange?“

„Bis ihm Aufregungen nicht mehr so schaden können.“

„Das kann lange dauern, sehr lange, Ede.“

„Und wenn, es muß sein.“

„Natürlich — die Rücksicht auf ihn geht ja vor!“ Seine Miene verfinsterte sich. Da sah sie ihn an.

„Gerhard, er hat mich an Kindes Statt genommen — ich bin ihm dank schuldig.“

Seine Hand griff nach dem stählernen Briefbeschwever neben sich auf dem Schreibtisch.

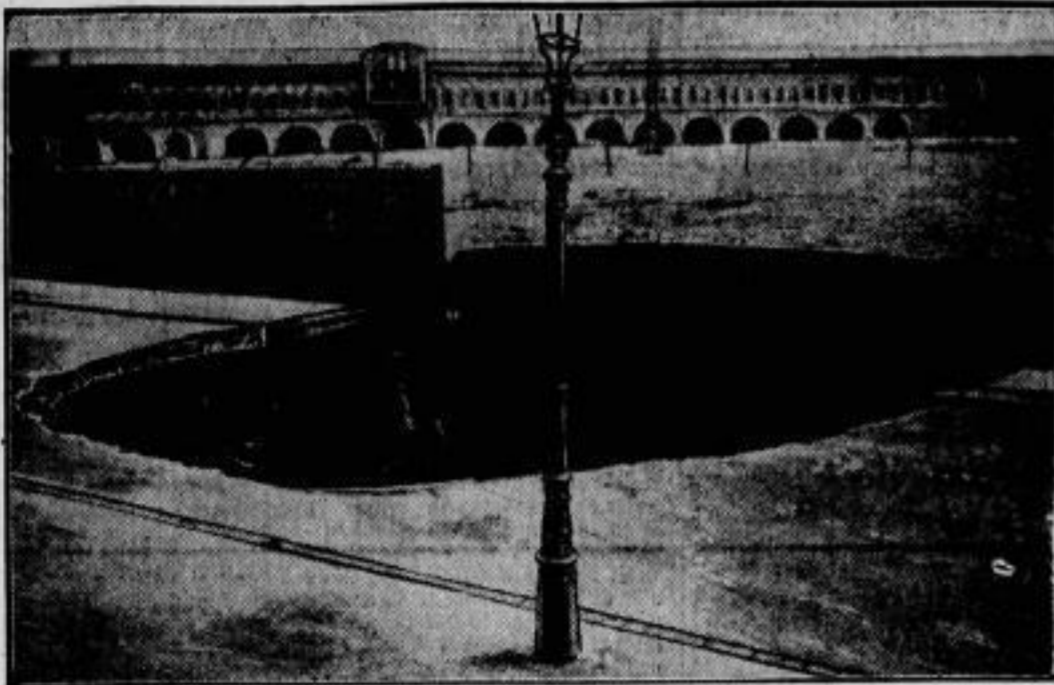
„Das heißt also: ich soll dich nicht mehr sehen?“

„Oh — das doch nicht.“ Aber es klang bedrückt.

Wir werden ja auch weiter zusammenkommen — gelegentlich — durch den Frauenverein.

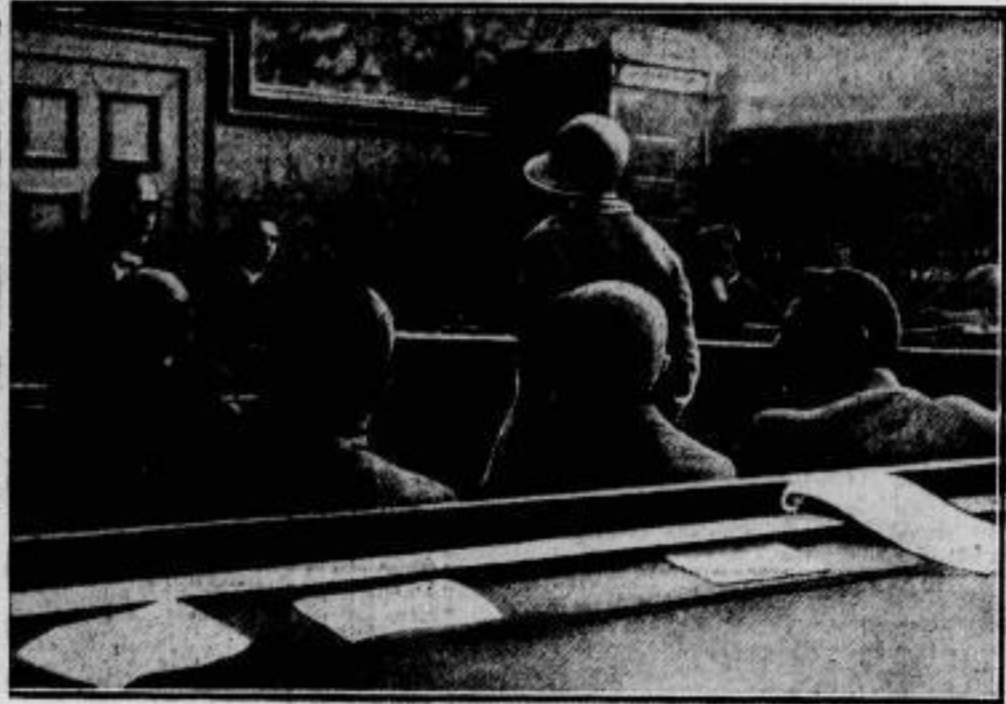
(Fortsetzung folgt.)

Neuigkeiten vom Tag in Bild und Wort.



Straheneinbruch verschlingt ein Kind.

In einer Neubauskolonie von Essen brach am Abend des 19. Juni über einem alten Schacht plötzlich das Straßenpflaster ein und es entstand ein Trichter von 12-15 Metern Tiefe und 15 Metern Durchmesser, in dem ein Kind spurlos verschwand. Die Bemühungen der Feuerwehr, das Kind zu bergen, mußten wegen weiterer Einsturzgefahr ergebnislos aufgegeben werden.



Vom Gattenmordprozeß gegen den Zahnarzt Dr. Gutmann aus Schwedt a. d. O., der gegenwärtig vor dem Prenzlauer Schwurgericht geführt wird: die Vernehmung der Hausangestellten Gertrud Reifer, deren Aussage besonders wichtig war, da sie den Angeklagten als Letzte vor der Tat und als Erste nach der Tat gesehen hat. (Im Vordergrund der Verteidiger, der Berliner Rechtsanwalt Dr. Fren.)



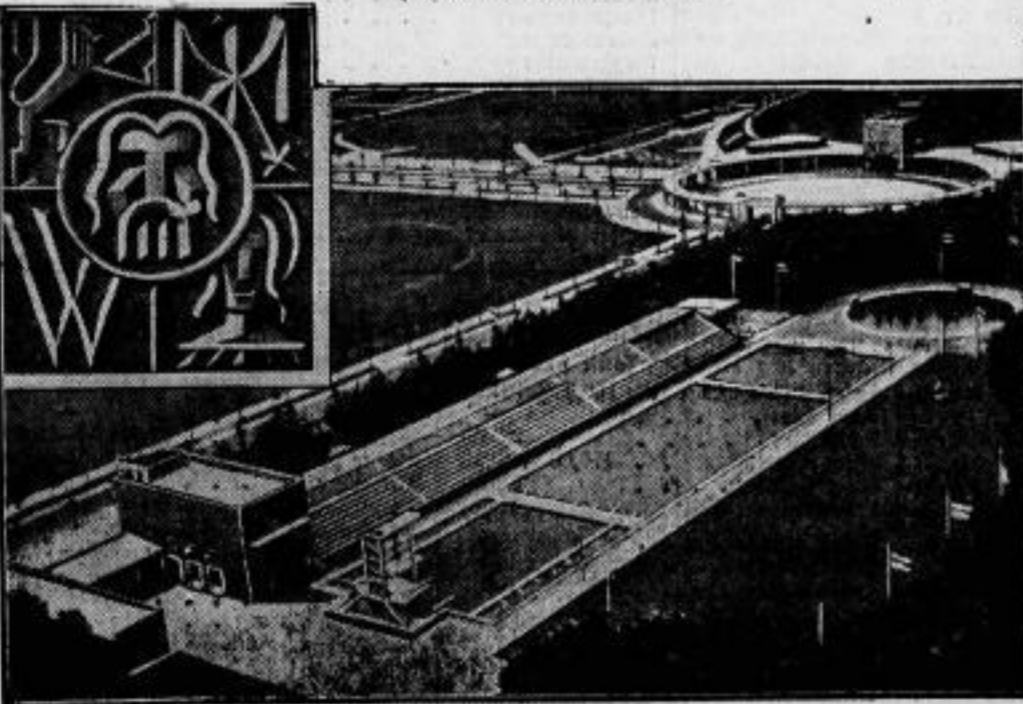
Zur bevorstehenden Räumung des Rheinlandes. Ein Rückblick auf die überstandene Leidenszeit des Rheinlandes.

Unter dem Schutze französischer Truppen glaubten die Separatisten, ihre vaterlandsfeindlichen Pläne durchsetzen zu können, und es bedurfte der ganzen Kraft der vaterlandstreuen Bevölkerung, ihre Heimat gegen das Schicksal einer Vorkriegsstadt zu verteidigen: wie im Kriege erhoben sich Stabsdratzen (in unserm Bilde vor dem Rathaus von Neuß), hinter denen um das Schicksal des Rheinlandes gekämpft wurde.



Die Revolverflagge auf einem indischen Gefängnis.

Die immer zahlreicheren Verhaftungen, mit denen die englische Regierung der indischen Aufstandsbewegung Herr zu werden sucht, haben zu einer Ueberfüllung der Gefängnisse geführt. In einem als provisorisches Gefängnis eingerichteten Wohnhause in Bombay brach kürzlich eine Revolte aus, bei der es den Gefangenen gelang, auf dem Dache die „Flagge des Protestes“ zu hissen.



Die Keene der Schwimmer bei den Deutschen Kampfsportfesten.

die vom 26.-30. Juni im Schleier-Stadion der Stadt Breslau angetragen werden. Für die Rahmenwettkämpfe hat die Stadt die im Ausschnitt gezeigte Kampfsportplatte gestiftet.



Deutsche Reiteroffiziere in England.

Au dem vom 20.-22. Juni in London veranstalteten internationalen Weltturnier nimmt — zum ersten Male nach dem Kriege — das deutsche Reiterheer teil, das durch die Herren (von links): Gasse, Womm, Schulz, Freiherrn von Nagel und Freiherrn von Waldenfeld vertreten ist. (Daneben Freiherr von Waldenfeld.)

